

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1933**

30.3.1933 (No. 88)



# Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.50 RM, frei ins Haus, 2.90 RM, bei der Geschäftsstelle abgeholt, 2.30 RM, durch die Post (einschließlich 35 Pfg. Beförderungsgebühr) ausl. 45 Pfg. Bestellgeld, Einzelnummer 10 Pfg., Samstag und Sonntag 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei / 71. Jahrgang

Erscheint 7mal wöchentlich als Morgenzeitung  
Befreiung: Kunst und Wissen, Die Frau von heute, Unterhaltungsbefreiung (Blätter für den Familienkreis), Die Welle, Aus der katholischen Welt, Sportbeilage: „Jugend und Volk“, Sinus in die Welt, Multiverte Tiefdruckbeilage „Die Weltau“, Geschäftsstelle, Redaktion und Verlag: Karlsruhe, Steinstr. 17-21, Fernsprecher: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237, Druckerei: Badischer Volksdruckerei Karlsruhe 4844.  
Für unerlangte Manuskripte ohne Rückporto und genaue Adressangabe auf dem Manuskript wird keinerlei Gewähr übernommen.

Anzeigenpreis: Die 10gehaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg., die 3gep. 87 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 60 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, Zwangsweiser Eintreibung oder Konturschluss kommt der Rabatt in Wegfall. Schluss der Anzeigenannahme 5 1/2 Uhr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Nr. 88

Donnerstag, den 30. März

1933

## Verhaftung von Stahlhelmführern in der Pfalz

### Wegen Unstimmigkeiten in der Stellenbesetzung bei den Arbeitsämtern

Neustadt a. d. S., 29. März.

Der Studienrat Mülter vom Neustädter Gymnasium, einer der Führer des pfälzischen Stahlhelms, wurde heute früh in Schutzhaft genommen. Das Neustädter Stahlhelmheim wurde von SA besetzt.

Von der Reichspressstelle des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, wird uns geschrieben:

Zu den aus der Rheinpfalz einlaufenden Meldungen über die Verhaftung von Stahlhelmführern dortiger Ortsgruppen und anderer dem Stahlhelm angehörender Persönlichkeiten durch SA und SS, stellen wir fest: Es handelt sich hierbei lediglich um Unstimmigkeiten und Missverständnisse in der Besetzung der Stellen bei den Arbeitsämtern. Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Reichsstellen sind im Gange. Es steht zu erwarten, daß alle diese örtlichen Schwierigkeiten in der Pfalz zwischen den beiden Gruppen der nationalen Front innerhalb kürzester Frist auf freundschaftlichem Wege gelöst werden.

\*

### Die Hintergründe der Braunschweiger Affäre

Ueber die Vorgänge in Braunschweig und die Hintergründe des Konflikts zwischen dem nationalsozialistischen Innenminister Maga und dem Stahlhelm wird ein sehr aufschlußreicher Brief bekannt, der zeigt, daß es sich in Braunschweig doch um etwas anderes als um eine reine, an und für sich unbedeutende Angelegenheit handelt, wie es vielfach behauptet wird. In einem Schreiben des Landesverbandsführers Schrader des Landesverbandes Braunschweig des Stahlhelms vom 20. März d. J. an den zweiten Stahlhelmverbandsführer Düsterberg heißt es unter anderem:

In der letzten Woche bin ich mehrfach stundenlang bei dem Minister Stüdemann gewesen. Ich habe ihm klar zu machen versucht, daß wenn er mit seinen Forderungen bei dem Innenminister Maga nicht durchkommt, er mir Beiseid sagen solle, daß ich dann innerhalb 24 Stunden in einem schweren Fall mit 1000 gut informierten Stahlhelmen vor dem Ministerium oder wo er sonst es für nötig halte, aufmarschieren würde, um den Druck auf die Nationalsozialisten auszuüben und zu verhindern, daß die schwarz-weiß-rote Kampffront von den Nationalsozialisten überzogen wird. Meiner Ansicht nach darf in diesen Übergangswochen der Kamerad Selbste nicht in erster Linie Arbeitsminister sein, sondern er muß der getreue Eckart des Stahlhelms sein, dessen erste und einzige Pflicht in diesem Augenblick darin besteht, auf

Gitler und den Reichspräsidenten zu drücken, daß auf allen Gebieten der Besetzung von Posten der Stahlhelm ausreichend berücksichtigt wird. Der NSDAP gegenüber hält nur äußerste Forderung. Ich halte es für verfehlt, den Landesverbänden im Augenblick anzuraten, vorsichtig die Renaufnahmen zu sein. Ich werde aller Voraussicht nach hier in der Stadt Braunschweig in den nächsten Tagen eine Arbeiterkameradschaft von etwa 120 Mann aus den Büßling-Werken aufziehen. Diese Arbeiter sind bis vor wenigen Tagen Kommunisten gewesen. Ich mache das hier so: Diese Leute gehen nicht in den bereits vorhandenen Ortsgruppen unter, sie bilden eine eigene Ortsgruppe; zum Führer wird ein seit über zehn Jahren treuer Stahlhelmarbeiter aus den Büßling-Werken bestimmt. Die Leute werden eingeleitet und sofort reiflich wehrsportfähig bearbeitet. Heute abend werden in den verchiedenen Ecken meines Landesverbandes die Führer befohlen, zwangsmäßig unter Druck der Hilfspolizei des Stahlhelms in den verchiedenen Gegenden solche neue Ortsgruppen zu bilden.

Dieser Brief zeigt mit aller Deutlichkeit die Situation, in der sich der Stahlhelm befindet, und es ist in diesem Zusammenhang ganz besonders auffallend, daß ein Teil der Eugenbergs nahebeienden Presse, die gestern noch von marxistischen Aktionen und Wählerereien gesprochen hat, die Dinge heute ganz anders beurteilt. Eugenbergs „Nachtausgabe“ z. B. erklärt, es sei außerordentlich erfreulich, daß es gelungen sei, den Konflikt in Braunschweig in so kurzer Zeit zu beenden, denn dieser Konflikt habe gewisse Hintergründe von politischen Meinungsverschiedenheiten und Gegenströmungen zwischen der NSDAP und dem Stahlhelm in der Stadt Braunschweig gehabt. Es habe sich dabei zwar nur um einen Einzelfall gehandelt. Es habe sich aber gezeigt, daß auch ein lokaler Vorfall sich für die Politik des Reiches sehr ernsthaft auswirken kann.

### Keine Haftentlassung des Stahlhelm-Führers Schrader

Berlin, 29. März.

Der „Völkische Beobachter“ meldet: Wie wir erfahren, ist nach den bisherigen Wahrscheinungen festzustellen, daß die örtlichen Stahlhelmführer von den Absichten des Reichskanzlers und der Kommunisten vollkommen unterrichtet gewesen sind. Diese ließen darauf hinaus, nach Befragung der Krankenkasse auch das Regierungsgebäude und anschließend das „Völkische“ Gebäude zu besetzen und dann auch weiterhin Einzelaktionen gegen nationalsozialistische Führer zu unternehmen. Bei dem Stahlhelm-Landesführer Schrader ist sehr belastendes Material gefunden worden, so daß an eine Freilassung des Herrn Schrader im Augenblick kaum zu denken ist. Soweit sich bisher überlegen läßt, rechtfertigt das Verhalten des Herrn Schrader den Verdacht des Hochverrats.

## Wir stellen fest:

In dem Berliner „Angriff“ vom 28. März 1933, Nr. 74, wird in einem Bericht über eine Razzia in der Petersburger Straße im Osten Berlins u. a. geschrieben:

... Auch eine Druck- und Vervielfältigungsmaschine, die man in einem katholischen Odbachlofenheim in der Petersburger Straße gefunden und beschlagnahmt hat, liegt darauf (auf einem Lastwagen. Die Red.). Beim Eintreten der SA-Männer und Polizeibeamten in das Odbachlofenheim wurde zunächst heftiger Widerstand geleistet, der aber schließlich in kurzer Zeit gebrochen wurde.

Wir haben uns sofort bei der Leitung des Johannes-Bundes im Christkönigshaus, um das es sich hier handelt, das bereits schon einmal mit einer solchen Hausdurchsuchung bedacht worden war, die zu scharfen Protesten bei den zuständigen Stellen führte, nach dem Sachverhalt erkun-

dig. Danach ist der Bericht im „Angriff“ keineswegs den Tatsachen entsprechend. Nicht der geringste Widerstand wurde geleistet; von Einzelfällen, die aber nicht die Leitung des Christkönigshaus betreffen, abgesehen, verlief die Durchsuchung der Räume durchaus ruhig, unberücksichtigt einige Sachschäden.

Was nun den beschlagnahmten Druckapparat anlangt, so handelt es sich nach den uns gewordenen Mitteilungen um einen Vervielfältigungsapparat älteren Systems, der vom Johannes-Bund stets nur benutzt wurde zur Vertiefung gemeinschaftlicher Gebets- und Gesangszettel, sowie von Petalbriefen. Obwohl bis ins kleinste alle Matrizen und alles vorhandene Material an Papier durchsucht wurden, hat sich nicht das geringste Verdächtige finden lassen. Allerdings wurde der Apparat trotzdem beschlagnahmt und darüber eine Quittung ausgestellt, weil man nach Ansicht der Hausleitung im Rahmen der allgemeinen Razzia eine vorläufige Sicherstellung für erforderlich halten zu müssen glaubte.

## Beamtenschub in Preußen

In einer Kabinettsitzung hat die kommissarische Preußenregierung wieder einen umfangreichen Personalschub vorgenommen. Die Oberpräsidenten von vier Provinzen, dazu drei Regierungspräsidenten, fünf Polizeipräsidenten, zwei Polizeidirektoren und neun Landräte werden pensioniert, sechs Regierungspräsidenten in den einstufigen Ruhestand versetzt. Für diese Posten sind für eine größere Zahl von hohen Beamtenstellen, die bereits früher freigemacht wurden, sind die Nennungen erfolgt. Es sind dabei fast ausschließlich nationalsozialistische Parteimitglieder berücksichtigt worden, darunter zahlreiche Gauleiter und SA-Gruppenführer. Nachdem der Präsident des preussischen Landtages, Herrl, bereits kommissarischer Justizminister geworden ist, rückt nun Kube, der Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, als Oberpräsident von Berlin und der Provinz Brandenburg nach. In Breslau wird der schlesische Gauleiter Brüchner, in Kiel der schleswig-holsteinische Gauleiter Rohse, in Hannover der SA-Gruppenführer Ruge Oberpräsident; diese neuen

Beamten bekleiden gleichfalls parlamentarische Ämter, teils im Reichstag, teils in Preußen. Der bisherige Berliner SA-Gruppenführer Sellendorf wird zum Polizeipräsidenten in Potsdam befördert. Zu den politisch bedeutungsvollen Ernennungen sind auch diejenigen des Landtagsabg. Sinfiler als Polizeipräsident in Gladbach-Rhendi und des Reichstagsabg. Heines als Polizeipräsident in Breslau zu zählen.

In das preussische Kultusministerium ist der Leiter des preussischen Kampfbundes für deutsche Kultur und nationalsozialistische Reichstagsabg. Sinfiler als Kommissar für besondere Verwendung berufen worden.

In allen Zweigen der Berliner Stadterwaltung nehmen die auf Veranlassung des Staatskommissars ausgeprochenen Massenentlassungen und Rindigungen ihren Fortgang. Bis zur Feuerwehr, den Fürsorgeeinrichtungen, der Gesundheitspflege, den Badeanstalten wirkt sich die personalpolitische Umgestaltung aus. Die jüdischen Ärzte und Ärztinnen, die von den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten beschäftigt oder nebenamtlich von der kommunalen Verwaltung der Kranken zugelassen waren, müssen aus ihrem Dienst ausscheiden.

## Badens Sorge

Durch die Presse geht die Mitteilung von zwei Schreiben, welche der Reichskommissar Wagner an den Reichsfinanzler Hitler gerichtet hat. Das erste betrifft die Grenzlandnot Badens, das zweite die Vertretung Badens in den Reichsstellen.

Mit dem Hinweis auf die schwierige Lage der badischen Wirtschaft und die Notwendigkeit einer sich daraus ergebenden besonders sorgsam Pflege durch das Reich und mit der weiteren Forderung, daß Baden bei der Besetzung von Beamtenstellen in den Reichsministerien besser berücksichtigt werden soll, setzt der Reichskommissar Bemühungen fort, die schon von früheren Regierungen, und namentlich auch von der letzten badischen Regierung mit Nachdruck betrieben worden sind. Die Klage über mangelnde Berücksichtigung der Tatsache, daß Baden durch den Versailler Vertrag seine wichtigsten Abgabengebiete verloren und damit den schwersten Schlag gegen sein Wirtschaftsleben erlitten hat, sind immer wiederholt worden und es ist außerordentlich zu begrüßen, daß die vorläufige Regierung in Baden es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, in Berlin eine bessere Berücksichtigung der Notlage des Landes Baden anzustreben. Das Reich hätte zweifellos eine Reihe von Möglichkeiten, auf verschiedenen Gebieten dem Grenzland Baden ein besonderes Entgegenkommen zu zeigen und damit eine Hebung der gesamten Wirtschaftslage des Landes zu erzielen. Mit Recht hat der Reichskommissar in seinem Schreiben darauf hingewiesen, daß die badischen Interessen durch die exponierte Lage des Landes an der neuen französischen Grenze gleichzeitig Reichsinteressen sind. Das gilt vor allem auch auf kulturpolitischem Gebiete, denn hier ist die Grenzmark Baden auch zugleich vorgehobener Posten deutscher Kultur. Der Niedergang der Wirtschaft bedeutet aber auch notwendigerweise kulturelle Rückschläge, die nicht im Interesse des Reiches gelegen sein können. Gerade in Baden sind wichtigste kulturelle Interessen zu wahren, man denke nur an unsere Hochschulen, die eine schwere Bürde für das Land bedeuten. Wir dürfen nicht müde werden, immer wieder auf die Notlage unseres Landes hinzuweisen und die Regierung kann bei ihren Bemühungen, hier Verbesserung zu schaffen, der Unterstützung aller Volkskreise sicher sein.

Auch die geringe Berücksichtigung Badens bei der Besetzung der Beamtenstellen in den Reichsministerien ist schon lange ein Gegenstand der Klage gewesen. Das Land Baden ist hier im Vergleich zu anderen großen Ländern wohl am wenigsten berücksichtigt und es wäre nur zu begrüßen, wenn die Wünsche des Reichskommissars auf eine Besserung dieses Zustandes in Erfüllung gingen. Denn es liegt nicht nur im Interesse des Landes selbst, wenn es durch Beamte an der Willensbildung der Reichsregierung, wenn auch in bescheidenem Maße beteiligt ist, sondern in besonderem Maße auch im Interesse der badischen Verwaltung, wenn Beamte durch mehrjährige Tätigkeit in den Reichsstellen sich dort Erfahrungen und Kenntnisse sammeln, die dann später bei einer Rückkehr nach Baden im Verwaltungsdienst nutzbringend verwendet werden können.

Die Initiative des badischen Reichskommissars, die durchaus die Kontinuität mit der vorigen Regierung in der Sorge für das badische Land erkennen läßt, darf in allen Teilen des badischen Volkes auf Beifall rechnen. Der Schritt entspricht im übrigen nicht nur den sachlichen Notwendigkeiten, sondern auch der schon früher befandenen Auffassung der Nationalsozialisten in einer Zeit, wo sie in Opposition standen und die vom Zentrum geführte Regierung alle Kräfte aufwandte, um die badische Sonderlage den damals verantwortlichen Reichsstellen klar zu machen. Es ist noch nicht allzu lange her, wo der Fraktionsführer und jetzige Finanzminister Köhler in einer Rede im Landtag die Bereitwilligkeit der Nationalsozialisten zum Ausdruck brachte, alle Bemühungen des Landes Baden um bessere Berücksichtigung zu unterstützen. Im Interesse unseres badischen Volkes wäre es nur zu wünschen, daß dem jetzigen Schritt ein größerer Erfolg beschieden sein möchte, als es den Vorgängerinnen der jetzigen kommissarischen Regierung beschieden war, wobei festzustellen ist, daß auch in der Vergangenheit nichts versäumt wurde und alle Gelegenheiten wahr genommen wurden, die badischen Interessen in Berlin mit Nachdruck zu vertreten.

## Endlich!

Deutschlandlied und Horst-Wessel-Lied nur mehr bei besonderem Anlaß

Berlin, 29. März. (Eigene Meldung.)

Der Vorsitzende der Politischen Zentralkommission der NSDAP, Rudolf Heß, veröffentlicht, wie BVA, meldet, eine Erklärung, in der er ausführt, so wenig wie das Deutschlandlied gehöre das Horst-Wessel-Lied, unter dessen Klängen hunderte Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung zu Grabe getragen wurden, in Kabarets, Tanzlokale usw. Es entspreche auch nicht der Würde dieser Lieder, daß sie zwischen alltäglichen Programmen in Restaurants gespielt werden. Die Parteimitglieder seien verpflichtet, die Inhaber entsprechender Lokale nötigenfalls hierauf aufmerksam zu machen. Um so mehr könne dann erwartet werden, daß sämtliche Anwesende sich von ihren Plätzen erheben, wenn die Nationalhymne oder das Lied der nationalen Revolution bei besonderem Anlaß gespielt werden.



# Auflösung des Reichswirtschaftsrates

Berlin, 29. März.

Das Reichskabinett verabschiedete am Mittwoch das Gesetz über Abänderung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Damit wird der bisherige Vorläufige Reichswirtschaftsrat mit sofortiger Wirkung aufgelöst. An seine Stelle tritt ein neuer Vorläufiger Reichswirtschaftsrat, in welchen der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung bis zu höchstens 60 Mitglieder berufen wird. Die Mitglieder werden für vier Jahre einberufen. In jedem Jahr vom Ende des Jahres 1934 an scheidet ein Viertel der Mitglieder aus und kann durch neue Mitglieder ersetzt werden. Wiederberufung ist zulässig. Das Gesetz regelt im übrigen die Bildung von Ausschüssen in neuartiger Weise. Neben den ständigen und nicht-ständigen Ausschüssen, die nur aus Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates bestehen können und ausstehende Persönlichkeiten nur als Sachverständige zuziehen dürfen, können ständige oder nicht-ständige Sonderausschüsse beim Reichswirtschaftsrat durch Verordnung des Reichspräsidenten oder Anordnung der Reichsregierung gebildet werden. In diese Sonderausschüsse können auch Persönlichkeiten mit vollem Stimmrecht berufen werden, welche nicht Mitglieder des Reichswirtschaftsrates sind. Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse dieser Sonderausschüsse werden jeweils durch den Reichspräsidenten oder die Reichsregierung bestimmt.

## Rücktritt Aufhäusers

Berlin, 29. März.

Am 28. März tagte im Industriebeamtenhaus zu Berlin eine erweiterte Vorstandssitzung des *Industrie- und Gewerkschaftsbundes*. An der Spitze standen der Vorsitzende, Herr Dr. A. Aufhäuser, und der stellvertretende Vorsitzende, Herr Dr. H. G. ... Die Beschlüsse der Sitzung betreffen die Fortsetzung der Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Einigung über die Arbeitsbedingungen. Aufhäuser hat seinen Rücktritt erklärt, da er sich nicht mehr für die Leitung des Bundes eignen würde.

## Aufdeckung einer Sprengstofforganisation

Meddinghausen, 29. März.

Der politischen Polizei in Meddinghausen ist es gelungen, eine umfangreiche Sprengstofforganisation der KPD festzustellen. Diese Organisation trug den Namen „Apparat“. Stützpunkte waren u. a. in Vortrop, Wülheim, Oberhausen. Die Mitglieder der Sprengstofforganisation wurden in längeren Kursen von führenden Kommunisten unterrichtet und hatten hierbei genaue Anweisungen für die Sprengung von Brücken, Gebäuden und Straßen erhalten. Als Angehörige des „Apparat“ bzw. als Teilnehmer bei der Sprengstoffbeschaffung sind bisher in Vortrop 25 und in Oberhausen fünf führende Kommunisten festgenommen worden, die geständig sind. Der Bandenkriminalpolizeistelle Meddinghausen ist es gelungen, bis jetzt folgende Sprengstoffe bzw. Waffen zu beschlagnahmen: 882 Stauferfettbüchsen als Handgranaten angefertigt, vier Handgranaten, fünf Gewehre und Karabiner, 14 Rohrtüde für Handgranaten, fünf Gewehre und Karabiner, eine Kugelmine, ein Revolverpatronengeschoß, zehn große Mörserpatronen mit 88 Schuß Munition, drei Wurfminen, eine Höllenmaschine und zwei Brandbomben. In Oberhausen führten die Ermittlungen zur Auffindung folgenden Materials: 84 Stauferfettbüchsen, die als Handgranaten angefertigt sind, eine Kugelhandgranate, eine Granate und eine Wurfmine. Im südlichen Teil des Industriegebietes wurde folgendes Material beschlagnahmt: 42 scharfe Handgranaten aus Stauferfettbüchsen gefertigt, 80 Schuß Infanteriemunition, 30 englische Jagdpatronen, 60 Rädchen Sprengstoff, 60 Sprengpatronen usw. Im Münsterland

## Wiener Brief

Wir bekommen Gäste

Fremde, die den Mut aufgebracht haben, diesmal wieder zur Messe nach Wien zu kommen (mit schützenderem Kettenpanzer unter dem Hemd), sind sehr erstaunt gewesen. Sie waren überzeugt, daß sie überall über spanische Netze, Kartraben und Schützengräben stolpern würden. Die privaten und auch die amtlichen Nachrichten, die von Wien aus in die Welt gingen, ließen ja wirklich vermuten, daß es hier sehr kriegerisch zugehen würde. Aber außer den Kanonen, die seit einigen hundert Jahren bei der Wiener Waffensammlung und Wärsen sind, haben unsere ausländischen Gäste nichts Feldmäßiges zu sehen bekommen. Welche Enttäuschung für die Sensationslustigen! Sie hatten ohne Zweifel gehofft, hier eine wohlfeile Ausgabe des Krieges in China zu genießen.

Mit einer schon sprichwörtlichen Zähigkeit hielt die Wiener Messe den Laternen nachrichten und der bösen wirtschaftlichen Wirklichkeit stand. Man sah hier lebendige, wache Iner, Ägypter und Mexikaner. Zahlreicher waren allerdings die Oberosterreicher, Steirer, Ungarn und Südlawen. Die Messe sah diesmal überhaupt anders aus als in früheren Jahren. Sie war nicht so international im weiten Sinne des Wortes. Die berühmten „Einkäufer aus allen fünf Erdteilen“ hatten sich weniger zahlreich eingefunden als ehemals. Ziffernmäßig wurde dieser Entgang durch den großen Zustrom von Besuchern aus Oesterreich selbst und aus dem nahen östlichen Ausland wettgemacht. Ein dollwertiger Erfolg war das allerdings nicht, denn die Westländer sind ja noch immer kaufkräftiger als der europäische Osten.

Eine wichtige Tatsache, an der die Verichterstattung über die Messe stillschweigend vorübergegangen zu sein scheint, ist der starke Rückgang der Teilnahme aus Deutschland. Unter den nichtösterreichischen Ausstellern und Einkäufern waren bisher die Reichsdeutschen an erster Stelle gestanden. Diesmal teilte sich Deutschland mit der Tschechoslowakei in die erste Stelle, in mancher Hinsicht war die Tschechoslowakei sogar stärker vertreten als Deutschland.

Es läßt sich deutlich feststellen, daß die Wiener ernstlich die Absicht haben, mit der Weltreise Schluss zu machen. Leider liegt das nicht einzig und allein in ihrem Ermessen. Aber man ist entschlossen, sich nach dem Schönbrunner Lied von 1914 zu richten: „Was wir können, wollen wir tun.“ Der Wiener ist zwar seit jeher ein Rauner — auf Hochdeutsch nennt man das jetzt „Mederer“ — und doch kann er nichts schmerz ertragen als eine Reihe von

wurden in einem Steinbruch begraben gefunden: 866 scharfgeladene Patronen zum Militärgeehr 98. Besonders bemerkenswert ist der Fund im Bahndamm Vortrop-Meddinghausen. Hier wurden im Bahndamm begraben eine Nitrokanne mit 40 als Handgranaten geladene Stauferfettbüchsen, große Mengen Detonit und Ammonialpeter, sechs Eierhandgranaten, ein großer Sack mit 66 mit Sprengstoff gefüllte Stauferfettbüchsen, zwölf Rohrtüde für Eierhandgranaten, eine Zinkflossette mit einer Pfundbombe Detonit, eine 10-Zentimeter-Granate mit Zünder, drei Handgranaten gefunden. Ueber der Fundstelle hatten die Kommunisten in geschickter Weise eine Grasnarbe gezogen, die der Umgebung genau angepaßt war. Unübersichtbar und fürchterlich war die Katastrophe gewesen, wenn durch irgendeinen Umstand die Sprengstoffe im Bahndamm zur Explosion gekommen wären. Nach den getroffenen Feststellungen wurden die Stauferfettbüchsen durchweg von der Besatzung „Rheinabahn“ in Vortrop gestohlen. Ein ganz besonders gefährliches Material sind die gefüllten Stauferfettbüchsen, verheerend ihre Sprengwirkungen. Bemerkenswert ist, daß die Mithierheit der Vortrop KPD von russischer Seite durch die Schenkung einer roten Fahne anerkannt wurde. Diese Fahne trägt in Deutsch und Russisch die Aufschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch, höher die Fahne des Kampfes für eine proletarische Revolution.“

## Das Maschinengewehr

Freiburg i. B., 29. März.

In einem Dorfe des Dreisamtales hatte ein als Schmiedebesitzer bekannter Landwirt am Dienstag erzählt, er habe zu Hause auch noch ein Maschinengewehr. Prompt fand sich auch einer, der sofort Anzeige bei der Behörde erstattete. Darauf erschien sofort die Polizei und suchte das Haus des Landwirts von oben bis unten durchsucht ab, ohne jedoch etwas zu finden. Auf die Frage der Beamten, wo er das Maschinengewehr versteckt habe, meinte der biedere Landwirt schmunzelnd: „Ich habe doch nur meine Frau gemeint wegen ihres guten Mundstückes!“ Damit die allgemeine Ruhe und Sicherheit im Dorfe wieder hergestellt war.

## Ein Appell der deutschen Juden

Dr. Sch. Berlin, 29. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die Reichsvertretung der deutschen Juden und der Vorstand der jüdischen Gemeinde in Berlin hat an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, die Reichsminister und an den Berliner Polizeipräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„Die deutschen Juden sind tief erschüttert von dem Boykottaufruf der NSDAP. Wegen der Verletzung einiger weniger, für die wir nie und nimmer Verantwortung tragen, soll den deutschen Juden, die sich mit allen Fasern ihres Herzens der deutschen Heimat verbunden fühlen, wirtschaftlicher Untergang bereitet werden. In allen vaterländischen Kriegen haben deutsche Juden Blutopfer gebracht.“

Im großen Krieg haben von 500 000 deutschen Juden 12 000 ihr Leben hingegen.

Auf den Gebieten friedlicher Arbeit haben wir mit allen unseren Kräften unsere Pflicht getan. Den Greuel- und Boykottfeldzug im Ausland haben die jüdischen Organisationen Deutschlands mit äußerster Anstrengung und erfolgreich bekämpft. Sie haben hierfür alles getan, was in ihrer Kraft stand und werden es weiter tun. Trotzdem sollen jetzt die deutschen Juden als die angeblich Schuldigen zurande gerichtet werden. Wir rufen den deutschen Volke, dem Gerechtigkeit stets höchste Tugend war, zu: Der Vorwurf, unser Volk geschädigt zu haben, berührt aufs tiefste unsere Ehre. Um der Wahrheit willen und um unserer Ehre willen erheben wir feierliche Verwahrung gegen diese Anklage. Wir vertrauen auf den Herrn Reichspräsidenten und auf die Reichsregierung, daß sie uns Recht und Lebensmöglichkeit in unserem deutschen Vaterland nicht nehmen lassen werden. Wir wiederholen in dieser Stunde das Bekenntnis unserer

miesen Tugenden. Der Wiener hat eben literarisch ausgedrückt, einen Januskopf. Das eine Gesicht raunzt, Verzeihung, medert, das andere muß lustig sein.

Der Frühling trägt dazu bei, die Stimmung zu verbessern. Nicht einmal die Politik kann uns daran hindern, zu hoffen. Die Wiener malen sich den „Süßbrotstreifen“ eigenhändig auf den Horizont und freuen sich, daß die Dämme wieder grüne Spitzen haben.

Im Prater geht es großartig zu. Alles ist schöner und billiger geworden. Wer nicht im großen Neuenbad sitzen will, weil er davon schwindlig wird, kann in dem neu angelegten kleinen Neuenbad die Durchschnittemenschen hinwegsehen. Wenn die Wochprozesse, die in den letzten Jahren die Wiener Zeitungen ernährt haben, noch nicht zum Qals herauswachsen, der kann im Panoptikum die neuesten Wörder in garantiert porträtierten Wachsabbildungen bestaunen.

Das geplante Vergnügungs- und Erholungsparadies auf dem Kaglenberg soll den Namen „Atropolis“ bekommen. Ich finde das außerordentlich „originell“ und vor allem echt wienerisch.

Aber selbst wenn kein einziger Fremder wegen dieses Namens irrtümlich nach Wien reist, kann man, wenn die Zeichen nicht trügen, dieses Jahr mit gutem Besuch rechnen. Noch in diesem Monat wird die Wiener Hochkunst hier in einer großen internationalen Ausstellung gefeiert. Zu Sommerbeginn wird die Erinnerung an die Türkenbelagerung vor zweihundertfünfzig Jahren auf vollständige Art festlich begangen werden. Zu Sommerende folgt dann die bei weitem größte Veranstaltung des Jahres, der Katholikentag.

Wien hat gottlob keine Anziehungskraft nicht verloren. Zwar sind uns nicht alle Fremden, die heutzutage hierher kommen, auch wirklich erwünscht. Manche würden sich anderswo besser ausnehmen als in Wien. Aber mit den meisten sind wir einverstanden. Und schließlich ist der Wiener ja gutmütig und gastfreundlich.

Friedr. Ballist.

## Zweites Weiskälisches Brudnerfest

Das zweite Weiskälische Brudnerfest, das in diesem Jahre in der für die Brudnerpreise verdienstvollen Stadt Dornum und gefeiert wird, hatte als imposanten Auftakt ein gutbesetztes Konzert im Freudenbad, das vom Dornumder Lehrergesangverein, dem Margaritha, das vom Dornumder Lehrergesangverein, dem Margaritha, und dem Engen-Quartett ausgeführt wurde. Gerard Bunk leitete mit der feierlichen C-Moll-Messe in vier Motetten über, die Musikdirektor Karl Holtschneider einfühlsam leitete. Diese Chöre (Christus, Weibe, Heil der Welt, Wer Gott liebt) zeigen Brudner als Meister

## 15prozentige Gehaltskürzung für Beamte in Amerika

Washington, 29. März.

Präsident Roosevelt erließ am Dienstag eine Verordnung, durch die die Gehälter der Staatsbeamten und Angestellten vom 1. April bis 30. Juni um 15 v. S. herabgesetzt werden. Diese Gehaltskürzung wurde auf Grund der Lebenshaltungsziffer festgesetzt.

## Zu dem Flugzeugunglück bei Dismuiden

London, 29. März.

Major Cooper, der Sachverständige für Flugunfälle im britischen Luftfahrtministerium begab sich am Mittwoch morgen im Flugzeug nach Dismuiden, um die Nachforschungen über die Ursachen des Unglücks der „City of Liverpool“ aufzunehmen. Eine vollständige Aufklärung des Unglücksfalles wird voraussichtlich niemals möglich sein, da die Maschine nur noch ein Trümmerhaufen ist und alle 15 an Bord befindlichen Personen den Tod fanden. Augenzeugen berichten, daß sich eine Explosion ereignet habe, während das Flugzeug sich noch in der Luft befand und daß die Maschine bereits brannte, bevor sie auf dem Boden zerfiel. Das Flugzeug hat noch fünf Minuten vor der Katastrophe einen Funkpruch verbreitet, daß an Bord alles in Ordnung sei.

## Neue Schutzmaßnahmen in München

München, 29. März.

Wie die Polizeidirektion mitteilt, sind Verlagsdirektor Dr. Weber, der „Münchener Neuesten Nachrichten“ und Chefbetriebsleiter Karl Rabe der „Münchener Telegrammzeitung“ in Schutzhaft genommen worden.

## Gontard wieder verhaftet

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht I Berlin hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft I die Voruntersuchung gegen den Generaldirektor Paul von Gontard wegen Verleumdung und unrichtiger Vermögensdeklaration eröffnet. Der Angeklagte ist am Dienstag abend wieder verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Zugehörigkeit zum deutschen Volke, an dessen Erneuerung und Aufstieg mitzuarbeiten unsere heiligste Pflicht, unser Recht und unser sehnlichster Wunsch ist.“

## 48 Geschäfte in Münster geschlossen

Münster, 29. März.

Die Aktion gegen die jüdischen Geschäfte ist von der SA und SS mit großer Energie ausgenommen worden. Innerhalb weniger Stunden postierten sich vor den Eingängen von nicht weniger als 48 Geschäften SA- und SS-Kommandos, sofern es die Inhaber nicht vorgezogen hatten, vorsorglich die Geschäfte zu schließen. Auch gegen solche Geschäfte wurde vorgegangen, von denen feststand, daß zwar der Geschäftsführer nicht jüdischer Abstammung ist, hinter dem Geschäft aber jüdische Geldgeber oder Aktionäre stehen. Im Laufe des Vormittags wurden auch jüdischen Geschäftsinhabern das Betreten der Weiskälischen Landesuniversität verweigert. Die Aktion verlief bis in die frühen Nachmittagsstunden ohne jede Störung. Ein SA-Trupp besetzte vormittags die Ein- und Ausgänge des Landgerichtes. Drei jüdische Rechtsanwälte wurden von Verlassen des Gebäudes veranlaßt. Auf Grund vorausgegangener Verhandlungen werden von hiesigen Zeitungen Inserate jüdischer Firmen nicht mehr aufgenommen.

## Einschlagen von Schaufenstern schädigt nur die Versicherungsgesellschaften

Berlin, 29. März.

In den letzten Tagen ist es wiederholt zu Ausschreitungen gekommen, in deren Verlauf bei zahlreichen jüdischen Geschäften Schaufenster eingeschlagen worden sind. Von verschiedenen Seiten wird darauf hingewiesen, daß bei solchen Handlungen die wirklich Geschädigten nicht die betreffenden jüdischen Firmen, sondern die deutschen Versicherungsgesellschaften sind, und daß dadurch künftighin deutsches Volkvermögen mutwillig vernichtet wird.

einer feinsten Sanktion, welche der reichen Stala religiöser Empfindungen einen natürlichen, der Verfassung entsprechend schon klingenden Ausdruck gibt. Der Madrigalchor drang mit erlesener Stimmliter in den Geist dieser jubelnden Musik ein. Mamentlich die verjüngten piano-Stimmen erfüllten diese Ausbeutung.

Für das 1879 geschriebene Quintett in F-Dur — leider ist es das einzige aus Brudners Feder — leisten sich die Kammermusiker Jung, Proste, Geber, Bedau unter der Führung des ausgezeichneten Brudnerer Orgelmann ein. Eine idyllische Grundstimmung geht durch die feingliedrige Polypstomie der Gesänge, in denen sich moduliert und thematisch Anklänge an die Sinfonien finden. Die geniale Ausprägung vollkommener Klangthemen macht das Scherzo zu einem Rabinestück. Das aus tiefem Glücksgefühl einer in einem Heineren, atavisch besseren Raume die feineren, dynamisch sehr schöne Ausführung noch mehr zur Geltung kommen lassen.

Der Lehrgesangverein setzte seine von Hermann Dettinger leitierten Stimmen für Männerchöre Brudners ein, die zum größten Teil über das Niveau von Gelegenheitskompositionen nicht hinausgekommen sind. Der beste von diesen von Vaterlandsliebe und Naturstimmen kündenem homophon gefeierten Chöre ist das methedolle „Trösterin der Musik“ mit Orgel. Unter H. Dettingers Leitung wurden die Chöre Klänge und ausdrucksreich vermittelt. Mit einem holden Preislied an die Heimat schloß das erste, mit starkem Beifall aufgenommene Brudnerkonzert.

Dr. Zeller.

## Hochschulnachrichten

Hk. Freiburg. Für das Fach der Moraltheologie habilitierte sich in der theologischen Fakultät der Universität Freiburg i. Br. Dr. theol. Peter Richter, Caritasdirektor des Caritas-Verbandes Groß-Frankfurt a. M., Rektor von St. Leonhard, mit einer Schrift „Das Volk-Kaumproblem in der Moraltheologie“. Der neue Dozent besuchte die Philosophisch-theologische Lehranstalt in Fulda, das Priesterseminar in Rimburg (Rahn) sowie die Universitäten Frankfurt und Freiburg i. Br., besonders unter Professor Franz Keller. 1927 promovierte er in Freiburg auf Grund einer Dissertation „Die organisierte katholische Kindererziehungs- und Seelsorge in Deutschland“. Inzwischen war er viele Jahre in der Seelsorge in Frankfurt a. M. und Wiesbaden tätig. Nebenamtlich ist Dr. Richter Dozent an der Hefen-Raffinerie Hochschulschule. Sein Spezialgebiet ist Sozialtheologie und Wohlfahrtspflege.



# Weitere Maßnahmen der badischen Regierung

## Aufhebung von Beamtenbeförderungen / Gegen das Doppelverdienstrecht Personalveränderungen / Polizeibefichtigungen in Mittelbaden

bid Karlsruhe, 29. März.

In den letzten Stunden vor der Nachtübernahme durch den Reichskommissar in Baden hat die alte Regierung noch zahlreiche Beförderungen, Ernennungen und Versetzungen für Beamte ausgesprochen, die nach Ansicht des Reichskommissars sachlich zum Teil nicht begründet waren, sondern den Zweck hatten, die kommissarische Regierung vor vollendete Tatsachen zu stellen. Diese hat daher die fraglichen Beförderungen usw. aufgehoben und eine sofort in Kraft tretende Verordnung erlassen, in der es heißt: „Sämtliche Beförderungen, Ernennungen und Versetzungen von Beamten, die vor dem 12. März 1933 ausgesprochen sind und erst an einem nach dem Tag der Verkündung dieser Verordnung liegenden Zeitpunkt wirksam werden sollten, werden hiermit aufgehoben.“

Nachdem der Reichsminister des Innern im Hinblick auf den Arbeitsmarkt angeordnet hat, daß bei Befürden von Reichsbeamten um eine Nebenbeschäftigung der strengste Maßstab anzulegen ist, wurden auch für die Beamten des Landes Baden, der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts in dieser Richtung schon bestehende Anordnungen zur genaueren Beachtung erneuert in Erinnerung gebracht. Bereits erteilte Genehmigungen, die angesichts der Verschärfung der Verhältnisse nicht aufrecht erhalten werden können, sind zu widerrufen.

Ministerialrat Dr. Eugen Thoma im Ministerium des Kultus und Unterrichts wurde mit sofortiger Wirkung von seinen Dienstgeschäften in dem genannten Ministerium beurlaubt und der Kommissar a. d. L. Professor Herbert Kraft, M. d. L. mit der Leitung der Abteilung für höhere Schulen betraut. Ferner ist Oberregierungsrat Dipl.-Ing. G. Berle mit sofortiger Wirkung von seinen Dienstgeschäften in dem gleichen Ministerium beurlaubt worden und Student Dipl.-Ing. Federle an der Gewerkschule in Bruchsal mit sofortiger Wirkung zur kommissarischen Dienstleistung in das Unterrichtsministerium berufen und mit der Leitung der gesamten Abteilung für Fachschulwesen betraut worden. Dipl.-Ing. Federle stammt aus Eodach. Zu Kriegsbeginn unterbrach er seine Studien an der Technischen Hochschule Karlsruhe, war Artillerist und Flugzeugführer an der Westfront und nahm 1919/20 an den Kämpfen im Baltikum teil. Nach Beendigung seiner Studien trat er 1921 in den badischen Gemeindefunkdienst ein. Er hat sich auch auf dem Gebiet der Familienforschung, der Heimatkunde und des Segelflugsports betätigt. Die von ihm zu leitende Abteilung D (Fachschulwesen) umfasst die Geschäfte für das Staatsstudium, die Gewerbe- und gewerblichen Fortbildungsschulen, die privaten gewerblichen und technischen Schulen in den Handwerkskammerbezirken Karlsruhe und Mannheim. Die Referatsgeschäfte für die gleichen Schulen in den Handwerkskammerbezirken Konstanz und Freiburg sowie für die Lehrerschule und Schnitzerschule in Furtwangen werden wie bisher, von Oberregierungsrat Maier besorgt. Referent für das Handelschulwesen bleibt Oberregierungsrat Bohn. Dipl.-Ing. Federle bearbeitet ferner die Angelegenheiten über Werkstoff- und Arbeitsdienst und Erziehung der Jugend, soweit die Fachschule und die gewerblichen Arbeitsdienste in Frage kommen.

Dem jüdischen Hauptlehrer Ludwig Marx an der Volksschule in Konstanz wurde mit sofortiger Wirkung die Unterrichtsverteilung unterzogen.

Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 des badischen Beamtengesetzes wurde der Eintritt der Unwiderruflichkeit bei denjenigen Beamten, bei welchen er zwischen dem Tag der Erlassung dieser Bekanntmachung und dem 1. Mai 1933 erfolgen würde, derart erkräftigt, daß die Unwiderruflichkeit frühestens mit dem 1. Mai 1933 eintritt.

Reichskommissar Wagner wird in den nächsten Tagen die mittelbadischen und südbadischen Standorte der Polizei aufsuchen und zwar am Freitag die Polizei in Kastatt und in Baden-Baden und am kommenden Montag die Polizei in Rehl, in Offenburg und in Lahr besichtigen.

Am Dienstag empfing der Reichskommissar Wagner den engen Vorstand des Vereins der höheren Verwaltungsbeamten Badens, wobei der Vorsitzende, Landrat Wintermantel, in einer Erklärung die Versicherung des besten Willens zu pflichtbewusster und verantwortungsvoller Mitarbeit abgab, die nationale Erhebung des Volkes begriffe und den Reichskommissar hat, den Verwaltungsbeamten Vertrauen zu schenken, das Berufsbeamtentum als das Rückgrat jeder Staatsverwaltung zu schätzen und auch den Verwaltungsbeamten, die in der Vergangenheit ihre Pflicht erfüllt haben, ihren Schutz zu gewähren. Der Reichskommissar dankte für diese Willensbekundung und betonte, daß das Berufsbeamtentum den Schutz der Regierung genieße. Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt, daß die Verteilung der in Frage stehenden Zeitschrift „Die Wahrheit“ und der in Wien erscheinenden „Wiener Allgemeinen Zeitung“ im Inlande bis zum 15. bzw. 14. September 1933 einschließlich verboten ist.

## Ein Erlass des Reichskommissars zur Verwaltung der Gemeinden

Karlsruhe, 29. März.

Wie die Pressestelle beim Staatsministerium mitteilt, hat Reichskommissar Wagner einen Erlass herausgegeben, in welchem einleitend darauf hingewiesen wird, daß die Reichsregierung in aller Kürze die gesetzgeberischen Grundlagen für eine alsbaldige Umwidmung der gemeindlichen Körperschaften schaffen wird. Mit vorläufigen behelfsmäßigen Maßnahmen soll daher größere Zurückhaltung geübt werden, insbesondere ist widren Eingriffen in die Gemeindeverwaltung außerhalb des Rahmens der geltenden Gesetze nach Möglichkeit entgegenzutreten. Polizeiliche Maßnahmen gegenüber der Gemeindeverwaltung müssen unter allen Umständen der Staatsverwaltung vorbehalten werden.

Einschreiten gegen die weitere Amtsführung des bisherigen Bürgermeisters ist dort nur geboten, wo die Einstellung oder das Verhalten des Bürgermeisters gegenüber der nationalen Erhebung in der Tat ein sofortiges Einschreiten notwendig macht. Die Stellvertretung des Bürgermeisters ist soweit möglich dem Gemeinderat zu entnehmen. Die Bestellung von Kommissaren an Stelle des Bürgermeisters solle ein Ausnahmefall bleiben. Wo die Stelle des Bürgermeisters durch Tod, Rücktritt oder aus anderen Gründen endgültig erledigt ist, ist eine Neuwahl nicht vorzunehmen, wenn der Bürgerauschuss Wahlkörper ist, da bekanntlich dessen Umwidmung bevorsteht. Aber auch in anderen Gemeinden ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Vornahme der Bürgermeisterwahl zur Zeit unerwünscht.

Die Kommissare sind auf die Erfüllung ihrer Pflichten handlungsbefähigt zu verpflichten. Keinem Kommissar steht Anspruch auf Vergütung aus der Gemeindefasse zu.

Zwangseingriffe gegenüber den Gemeinderäten als solchen werden in der Regel nicht in Betracht kommen. Kommunistische Mitglieder sind auszuschließen. Wird durch Rücktritt anderer Mitglieder der Gemeinderat beschlußunfähig, so wird dem Bürgermeister, unter Umständen gemeinsam mit den verbleibenden Gemeinderäten die Befugnisse des Gemeinderats zu übertragen sein. Die gemeindlichen Körperschaften sollen in den nächsten Wochen bis zu ihrer Umwidmung in ihrer Beschlußfassung möglichst Zurück-

haltung üben. Personelle Angelegenheiten und solche von größerer wirtschaftlicher Bedeutung bleiben der neuzubildenden Körperschaft vorbehalten.

Aus zahlreichen Gemeinden liegen Nachrichten vor, daß auch gegen die Gemeindebeamten mit Zwangsmahnahmen, Dienstenthebung usw. eingeschritten worden sei. Abgesehen davon, daß ein solches Vorgehen den geordneten Fortgang der Gemeindeverwaltung gefährdet, namentlich wenn etwa Bürgermeister und Ratsschreiber oder Ratner zugleich wechseln, besteht die Gefahr erheblicher rechtlicher Verwicklungen und finanzieller Verpflichtungen für die Gemeinde, wo der Bürgermeister oder Stellvertreter oder Kommissar zuverlässig ist, können die Gemeindebeamten, auch wenn ihre politische Einstellung zu Bedenken Anlaß gibt, in der Regel nicht so viel Unheil anrichten, daß ihre sofortige Entfernung geboten wäre. Eine Ausnahme gilt für Angehörige der NSD. Nicht zu beanstanden ist, wenn Gemeindebeamten, um Reibungen zu vermeiden, ihren geordneten Jahresurlaub alsbald antreten, sofern dadurch die Geschäfte nicht gefährdet werden. Im übrigen aber soll die Entfernung eines Gemeindebeamten vom Dienst nur unter den Voraussetzungen der Gemeindeordnung erfolgen.

## Ein mannhaftes Wort

In diesen Tagen einer ungeheuren Umwälzung, da nicht nur politische Anschauungen sich ändern, sondern auch Gesinnungen, sittliche Befindungen sich drehen, wie die Wetterfahnen, in diesen Tagen, da — nach dem Worte eines der Reichsregierungen naheliegenden Blattes — die „Konjunkturen“ über das politische Schlachtfeld ziehen, in diesen Tagen, da politische und sonstige Geschäfte macher auf der glühenden Lava der „nationalen Revolution“ ihr „privates“ Süppchen zu kochen sich anheiden, in diesen Tagen, da das heutige Sonderinteresse zwar nicht eine Revolution seines Wesens, wohl aber einen radikalen Umsturz seiner politischen Ausdrucksformen erlebt: In diesen Tagen hat ein deutscher Offizier und Beamter Worte gesprochen, die grell abheben von dem Treiben der Geschäftemacher und Konjunkturehären, Worte, die es verdienen, überall, bei allen Parteien und allen politischen Richtungen Widerhall zu finden.

„Erwarten Sie, Herr Polizeipräsident, nicht — so erklärte der Vorsitzende des bayerischen Staatspolizeibeamtenverbandes, Polizeihauptmann Schönborn, nach Presseberichten auf einer Verbandsversammlung, der auch der neue kommissarische Polizeipräsident Himmler beizuohnte —, daß wir zu den Kreaturen zählen, die auf Grund der Machtübernahme durch Ihre Partei nun auf einmal ihr nationalsozialistisches Herz entdecken. Wir sind ehrlich genug, davon abzusehen, als Nichtkämpfer in ihrer Bewegung nun mit einem Male zu betreten, um die Früchte Ihres Kampfes für uns nutzbar

zu machen. Ich für meine Person muß sagen, daß ich diese Gefinnungslumperei verachte und kann mir auch nicht denken, daß die Männer der heutigen Regierung für diese Sorte von Leuten besonders dankbar wären. Sie können und müssen aber von einem Vorstand eines Staatspolizeibeamtenverbandes erwarten, daß er nur Männer in seinen Reihen hat, die national und vaterländisch bis auf die Knochen sind.“

Dieses mutige Manneswort nahm der neue Polizeipräsident in soldatischem Geiste auf. Er erklärte in seiner Erwiderungsrede, daß er und die von ihm vertretene Regierung gar keinen Wert darauf legen, daß „jeder von heute auf morgen Nationalsozialist“ werde, wenn sie auch jedem die Tore öffneten, der aus Ueberzeugung zu ihnen komme. Eines sei nur zu wünschen, daß „jeder ein guter Deutscher sei und daß jeder seine Pflicht tue“.

## Abschied von der Bayernwacht

Bekanntlich hat der kommissarische Minister in Bayern am 24. März die Auflösung der Bayernwacht verfügt. Der Landesführer der Bayernwacht, Ritter v. Ler, nimmt nun in folgendem durchaus loyalen Aufruf an seine früheren Kameraden Abschied von seiner Organisation:

„Wir werden auch in Zukunft die Ideale wahren, für die wir gekämpft haben:

den festen Glauben an unseren Herrgott, die unzerstörbare Liebe zu unserer bayerischen Heimat, die unwandelbare Treue zu unserem großen deutschen Vaterlande, dem wir unsere wahrhafte Arbeit geweiht hatten.

Wir werden auch in Zukunft nicht verzagt und verbittert absteils stehen, sondern uns tätig einreihen bei dem großen Werke der Erneuerung des deutschen Volkes.

In diesem Geiste noch einmal: Bayern treu!“

## Baden

### Süddeutsche und Norddeutsche

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (Nr. 511) läßt sich aus Berlin schreiben:

„Mit stärkstem Interesse wird hier in Berlin der Gang der Dinge in Süddeutschland, vornehmlich in Bayern, verfolgt. Es macht auch in der Opposition Eindruck, daß die Neuordnung dort ausschließlich von den engheren Randskreisen und Stammesgenossen besorgt wird. Kein einziger Norddeutscher, kein einziger sogenannter „Saupreuß“, wie der bekannte Kosename lautet, ist dabei beteiligt. Auch der Reichsinnenminister Dr. Fried, der den süddeutschen Ländern die Reichskommissare auf den Hals schickte, ist ein bayerischer Rheinpfälzer, wie überhaupt das Hitler-Kabinett ganz überwiegend aus Süddeutschen und Süddeutschen zusammengesetzt ist. Der Entschluß der Konterrevolution gegen Weimar wurde in Süddeutschland gezeugt und in Norddeutschland aus den Windeln gehoben. Hitler wurde nicht an der österreichisch-bayerischen Grenze geboren, lebte von jung auf mit nur kurzer Wiener Unterbrechung in München, machte den ganzen Weltkrieg in dem bayerischen Infanterieregiment 117 mit und ist kurzweg als Süddeutscher

# Grundsätzliches zu Fragen der Zeit

Von Karl Anton Rohan

Wir geben hier einem bestens bekannten katholischen Publizisten von außerhalb Deutschlands das Wort, der gewohnt ist, die Fragen der Politik von einer höheren Warte aus zu betrachten. D. Schr.

Der katholische Mensch unterscheidet sich in seiner politischen Haltung von den Anhängern des Nationalismus oder Marxismus grundsätzlich darin, daß er nicht in einer, sondern in zwei Ebenen und Ordnungen denkt. Höher als die „civitas terrena“, die Erdenbürgerlichkeit, steht ihm die „civitas dei“, die Bürgerlichkeit vom Reich Gottes. Sein politisches Denken und Handeln, das wie alle Politik die Ordnung des Diesseits zum Ziele hat, wird demnach von einem anderen, einem jenseitigen, metaphysischen Gesichtspunkt aus gelenkt. Dieser aber ruht bei ihm in einer ganz bestimmten und fest gegründeten Werteordnung und ist also nicht das Ergebnis dunkler Mystik und ungestalteter Romantik, wie dies an jener Schnittlinie der Fall ist, wo Nationalismus und Marxismus ebenfalls ins Metaphysische sich überschlagen.

Mit dem Marxismus hat der katholische Mensch so gut wie nichts gemeinsam. Dessen geistige Grundlagen: historischer Materialismus, Lehre vom Klassenkampf, Utopie von der staatenlosen Menschheit, Verneinung von Religion und Jenseits als „bürgerliches Vorurteil“ sind der katholischen Grundhaltung diametral entgegengesetzt. Man hat sich daher, insbesondere in nichtkatholischen Kreisen oft gefragt, wie es angesichts dieser Sachlage zu Koalitionen zwischen katholischen und marxistischen Parteien kommen konnte. Dies erklärt sich daraus, daß gerade eine Politik, die weltanschaulich stark fundiert und deshalb grundfest ist, leichter als eine andere, weniger wurzelfestere, mit gemerlichen Gruppen zusammenarbeiten kann, wenn es die Konstellation richtig erscheinen läßt. Außerdem lehrt die Erfahrung, daß namentlich in wichtigen weltanschaulichen Fragen der Gegner als Koalitionspartner sich manchmal verständiger zeigt als Parteien, die innerlich dem katholischen Standpunkte näherstehen. Mag man die zeitweilige Linksorientierung mancher Gruppen des politischen Katholizismus auch ablehnen, so darf dabei doch nicht verkantet werden, daß es gerade die Politik dieser Gruppen war, die im Ansturm der marxistischen Bewegungen viel Wertvolles gebracht hat und den Marxismus selbst durch Spaltung und Zerrott zur Mitverantwortung in geordnetem Verfassungsleben geschwächt und seiner behemehnten revolutionären Antriebe beraubt hat. Je härter aber der Mehrheitssozialismus sich verbürgerlichte, je mehr seine maßgebenden Führer vom eigentlichen Marxismus abrückten, desto leichter wurde den katholischen Politikern die Zusammenarbeit mit ihren weltanschaulichen Feinden, die jenseits aller Gegensätze auf dem Boden praktischer Politik das Gemeinsame des Sozialen betonten.

Seit der Durchsetzung des Gedankengutes Leo XIII. dominiert die Idee des Sozialen in der Tat alle katholische Politik neben den rein weltanschaulichen Fragen. In den großen Reflexionen und Begründungen auch hier dem

Marxismus diametral entgegengesetzt, konnte der katholische Mensch in seinem Kampf um Verbesserung der heutigen Wirtschaftsordnung und um Freiheit und Menschenwürde dennoch praktisch leichter mit links wie mit rechts zusammenarbeiten, solange unter rechts: reiner Wirtschaftsegoismus der Arbeitgeber und unter links: die große Zahl des Volkes und die sozialen Interessen der Arbeitnehmer verstanden wurden. Das gesunde Streben der Kirche nach Wiedergewinnung des Industrie-Proletariats mußte diese Haltung von der Seite der Taktik her noch verstärken.

Die Stellung der katholischen Politik zum Nationalismus ist wesentlich vieldeutiger. Daß Katholiken Marxisten werden — und dabei Katholiken bleiben —, ist so gut wie unmöglich. Deshalb scheidet sich die Kirche von vornherein von den Nationalisten gegen den Nationalismus immer wieder zu betonen? Im Gegensatz zum Internationalismus der Marxisten begründet sich katholische Politik zwar auf Nationalbewußtsein, Nationalgefühl und dem Festhalten an nationaler Tradition. Aber der katholische Mensch, dem das Gleichgewicht der in Ordnung freien Persönlichkeit die höchste Menschenwürde und also eigentlichstes Ziel seines politischen Strebens ist, lehnt Uebertreibungen ab. Nationalismus als Ausschließlichkeit, als höherfüllte Ablehnung anderer Nationen ist ihm fremd und widerspricht seinem weltanschaulich-gemäßen Ideal der unerbessenen Nächstenliebe. Verabsolutierung, Vergöttlichung des eigenen Staats aber empfindet er vollends als Häresie. Letzterer gilt die grundsätzliche Ablehnung der Kirche. Sobald aber, wie dies heute immer häufiger in Erscheinung tritt, die alten Kategorien von rechts und links umgeworfen und Nationalismus sozial und Angelegenheit des Volkes wird, kann unter dem Gesichtspunkt des Sozialen katholische Politik leichter mit einem, in seinen Uebertreibungen zwar verurteilten Nationalismus zusammenarbeiten als zur Zeit, da Nationalismus oft nur Deckmantel kapitalistischer Bourgeoisie und gewinnstiftender Großbesitzes war.

Mögen Zeiten kommen, da sich die politische Vertretung des Katholizismus in ihrer Struktur wandelt, eine ganz bestimmte politische Haltung des katholischen Menschen wird es immer und in Zukunft wachsen geben, besonders auch, weil über das Reoninische hinaus das Pontifikat zum Unterschied von den meisten anderen Machtfaktoren weit in die Zukunft schauende und sehr klare Richtlinien für das politische Verhalten des Katholiken weist. In den drei Grundfragen dieser Zeit: internationale Zusammenarbeit ihrer Würde bewusster Nationen, Wirtschaftsordnung und Staatsaufbau wird katholische Politik immer die Persönlichkeit und Menschenwürde gegen Kollektivismus aller Art durchzusetzen suchen und so die eigentlichsste, wesentlichste und tiefste Tradition des europäischen Kulturkreises gegen die Uebertreibungen zeitgenössischer Parteien- oder Interessenpolitik verteidigen.



angusprechen. Öring ist Bayer, Gbbels ein Rheinländer, Gürtner, der Reichsjustizminister, ebenfalls Bayer, v. Elz-Mübenach kommt aus Südwestdeutschland, Seidte und v. Schwerin-Krosigk sind Mitteldeutsche, v. Neurath ein Schwabe, v. Papen ist Westfale mit engen Beziehungen zur Saar. Der einzige wasschichte

Norddeutsche ist der Hannoveraner Eugenbera, der aber lange im westlichen Industriegebiet beheimatet gewesen war. In dem ganzen Hitlerkabinett ist kein einziger Ostelbier, kein Brandenburger, pommerischer oder ostpreussischer Junker. Aus diesem Blut sind nur Hindenburg und der Wehrminister v. Blomberg.

# Früher Nah und Fern

## 38000 Zentner Roggen für die badischen Notstandsgebiete

Die neue badische Regierung konnte im Rahmen der Hilfsaktion des Reiches für die besonders schwer unter der Krise leidenden Gebiete 38000 Zentner Roggen für das Land erhalten. Die Verteilung erfolgt durch die Bezirksämter, an die bereits entsprechende Anweisungen ergangen sind. Gekauft wird der Roggen durch die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft in Karlsruhe. Die Abgabe erfolgt unentgeltlich, und zwar bestimmungsgemäß nicht in Form von Korn, sondern gemahlen.

**o Ettlingen, 29. März.** Heute morgen 9 Uhr stießen an der Straßenkreuzung beim Gutfutten zwei Personenauto zusammen. Glücklicherweise kamen Personen nicht zu Schaden. Doch dürfte der Materialschaden nicht unerheblich sein. Schuld soll das nicht beachtete Vorfahrtsrecht sein.

**l Forchheim, 28. März.** (Forchheimer Allerlei.) Am Dienstag den 28. März vollendete Theresia Melcher, geb. Gantner, ihr 90. Lebensjahr. Sie ist die älteste Einwohnerin von Forchheim, stammt aus Ettlingenweiler und war verheiratet mit Landwirt Ludwig Melcher. Die Jubilarin ist 7mal Urgroßmutter und kann auf eine große Anzahl von Kindern und Kindeskindern herabsehen. Trotz ihres hohen Alters liebt sie dieselbe noch ohne Brille. Es ist noch zu erwähnen, daß die Jubilarin in Ettlingenweiler noch eine Schwester Ida Beder hat, die auch schon im 80. Lebensjahr steht. Ganz Forchheim wünscht ihr von Herzen Gottes reichsten Segen, Gesundheit und einen stillen Lebensabend. — Der Musikverein „Wanderlust“ hielt am Samstagabend im Lokal zum „Adler“ eine Mitgliederversammlung ab, um die Vorbereitungen für das Bezirks-Musikfest zu treffen. — Außerdem trafen sich am Samstagabend der Motorportklub „Concordia“ zur Monatsversammlung, ebenfalls in der „Adler“, wo das Sportprogramm festgelegt wurde. Die erste Klubausfahrt findet am 23. April nach Speyer statt. — Weiter ist auf sportlichem Gebiet zu melden, daß der Murgkreismeister „Sportfreunde“ Forchheim am Sonntag auf eigenem Platz zum ersten Male in die Aufstiegsspiele eintritt, wo man als Partner den oberbadischen Meister und Namensvetter „Sportfreunde“ Freiburg hatte. Da beiderseits schwache Stürmerleistungen gezeigt wurden, konnte Forchheim nur ein Tor buchen, das auch reichte, um zu den ersten zwei Punkten zu kommen. — Nach dem Fußballspiel veranstaltete der Musikverein „Harmonie“ im Schwannensaal ein Konzert, das sehr gut besucht war. — Abends fand dann im kath. Vereinshaus eine Theateraufführung der Jungfrauenkongregation statt, wobei das Theaterstück „Sura, die christliche Sklavin“ über die Bühne ging. — Am Montag fand in der Volksschule die Religionsprüfung statt.

**Untergrumbach, 29. März.** (Eine späte Verichtigung.) In der Freitagnummer vom 10. ds. Ms. Nr. 68 Seite 8 wurde bekanntlich vom „Bad. Beobachter“ über die damaligen Vorfälle in Untergrumbach berichtet. In dem Artikel hieß es unter anderem: „Der Bürgermeister hat aus Angst vor den SA sich aus dem Staub gemacht.“ Das sei, wie uns jetzt reichlich spät nach drei Wochen vom Bürgermeister berichtend mitgeteilt wird, nicht richtig. Der Sachverhalt wird vielmehr folgendermaßen geschildert: „Am folgenden Tag, nachdem die Haftentlassung zum ersten Male auf dem Rathaus geschildert wurde, war G. ein Berater in der Sitzung um 12 Uhr festgesetzt. In dieser Sitzung handelte es sich um den freiwilligen Arbeitsdienst, der von den Gemeindefreien hier bleiben und wer nach auswärts in das Lager kommen soll. Da am gleichen Tag im Arbeitsamt Besuch eine Sitzung stattfand, mußte die Bitte nachmittags um 3 1/2 Uhr dort sein, weil am nächsten Tag mit dem freiwilligen Arbeitsdienst begonnen werden sollte. In der Gemeinderatssitzung wurde ich beauftragt, mit der Bitte um 8 Uhr dorthin zu fahren. Als ich um 11 Uhr meine Sachen auf dem Rathaus mitnahm, kamen drei SA und noch ein Herr in das Amtszimmer. Ich erklärte den Herren, daß ich unbedingt um 8 Uhr nach Bruchsal in das Arbeitsamt fahren mußte und nicht hier sein könnte. Darauf erklärten die Herren, sie bräuheten mich nicht. Ich ging dann fort und kam mit dem Zug um 6 Uhr wieder nach Hause.“

**ld Karlsdorf (bei Bruchsal), 29. März.** (Schwerer Sturz von der Leiter.) Der 20 Jahre alte Alois Unger wollte in der Scheune Futter holen. Beim Besteigen der Leiter brach eine Strolche und Unger stürzte so unglücklich auf die Tenne herab, daß er eine schwere Gehirnerschütterung erlitt und sehr bedenklich darniederliegt.

### „Stuttgart nahe“

**old Mannheim, 28. März.** Der Kreis X der Deutschen Turnerschaft (Baden) erläßt an die badischen Turner und Turnerinnen einen Aufruf zum deutschen Turnfest in Stuttgart, das in den Suitagen stattfinden wird. Die badischen Turner und Turnerinnen, die Grenzstädter turnerischer Kultur und Volkstumsarbeit in der Südwestecke unseres deutschen Vaterlandes dürften bei dieser großen Beerdigung nicht fehlen. Ueber 10 000 Meldungen habe die badische Turnerschaft zum Turnfest entgegennehmen können. Vierzehn Sonderzüge werden die Teilnehmer in die schwäbische Landeshauptstadt bringen. Der Aufruf appelliert an die Mitglieder, die Säumigen aufzuräumen, die Gleichgültigen heranzuholen, den Schwachen und Bedürftigen zu helfen. Der Aufruf schließt: Kommt alle nach Stuttgart und zeugt für den Dom der deutschen Einheit, an dem die deutsche Turnerschaft einen der treuesten und sichersten Stützpunkte immer bilden und in alle Zukunft bilden wird. Dann wird Stuttgart für uns alle nicht mehr nur Hoffnung sein, sondern es wird einen großen Teil der Erfüllung bilden, unserer Hoffnung auf Deutschlands Größe und Einheit!

**dz Mannheim, 29. März.** (Waldbrand durch spielende Kinder.) Gestern nach 4 Uhr nachmittags wurde die Berufsfeuerwehr nach dem oberen Dossenwald bei der Steinzeugfabrik Friedrichsfeld gerufen. Durch mit Feuer spielende Kinder war dort ein Waldbrand entstanden, dem 15 000 qm junger Waldbestand zum Opfer fiel. Durch Umgraben und Ausschlagen konnte das Feuer gelöscht werden.

## Stinkbomben gegen die Freiburger Theatergruppe in Straßburg

**ld Freiburg i. Br., 29. März.** Nach einer Meldung aus Paris des „Journal“ wurde bei der deutschen Aufführung der Freiburger Theatergruppe im Straßburger Stadttheater am Dienstagabend Stinkbomben auf die Bühne geworfen, sobald die Polizei einschreiten mußte. Diejenigen, von denen die Kundgebung ausging, sollen erklärt haben, daß sie gegen die übertrieben große Zahl deutscher Vorstellungen im Straßburger Stadttheater protestieren wollten, insbesondere gegen Vorstellungen solcher Bühnen, deren Direktoren „überflüssigerweise“ der Nationalsozialistischen Partei angehörten.

### Wieder Bismarckfeier auf dem Sand

Alter Tradition entsprechend feierten vaterländische Kreise im vorigen Spätjahr den Entschluß, die Bismarckfeiern auf dem Sand wieder aufzunehmen. Nunmehr kommt es zur Verwirklichung dieses Entschlusses und es soll am Sonntag, den 2. April, um die Mittagsstunde vor dem Bismarckdenkmal auf dem Sand eine Festkundgebung stattfinden, bei der der Oberbürgermeister Renner-Kraft die Festrede halten wird. Die Teilnehmer haben Gelegenheit, an einem nachherigen gemeinsamen, einfachen Mittagstisch teilzunehmen. Jedermann ist zu dieser Kundgebung auf der Schwarzwaldhöhe eingeladen.

**dz Schwellingen, 29. März.** (Besetzung der Schwelinger Ortskrankenkasse.) Heute früh wurde das Geschäftsgebäude der UG. Ortskrankenkasse von SS. und SA. unter Führung des Gemeinderats Schmitt besetzt. Der Kassenerwalter Vogt und der Kontrolleur Duschger wurden mit sofortiger Wirkung beurlaubt und in Schutzhaft genommen. Der nationalsozialistische Ortsgruppenleiter Schmidt wurde bis zur endgültigen Klärung mit der kommissarischen Leitung der UG. beauftragt.

**dz Sinsheim a. E., 29. März.** (Schließung jüdischer Geschäfte.) Die hies. jüdischen Geschäfte hatten am Dienstag nachmittags zur Abwehr der Kreuzpropaganda und des Boykotts deutscher Waren im Auslande, die im Auslande unter Führung jüdischer Firmen inszeniert wurden, geschlossen.

**dz Wertheim, 29. März.** (Waldbrand.) Am Walde gegen Hühelst wurden etwa 10-15 Sektar Bestand durch Feuer vernichtet. Die Geschädigten sind die Gemeinden Gamburg und Hühelst.

**ld Dertingen bei Wertheim, 29. März.** (Ueberfall auf eine SA-Wache.) Von der hiesigen Bevölkerung wurde vor einiger Zeit eine Wache zur Verbindung geplanter kommunistischer Wandstiftungen eingerichtet. Diese wurde in der Nacht zum Dienstag von einem Kommunisten namens Remlinger überfallen. Der Nationalsozialist Ludwig Schmitt wurde hierbei durch vier Stiche schwer verletzt. Er liegt hoffnungslos darnieder. Der SA-Mann Andreas Dimpel kam mit einer leichten Stichverletzung davon. Der als streitkräftig bekannte, schwer vorbestrafte Täter wurde nach dem Amtsgericht Wertheim überführt.

**ld Rosenbergl bei Weilsheim, 29. März.** (Feuer.) Hier brach in der Wagenhalle und dem Lumpenschuppen des Sündlers H. Müller Feuer aus. Der mit Dachpappe gedachte Schuppen und die Lumpenvorräte boten dem Feuer reiche Nahrung. Ein Lastwagen ist mitverbrannt. Müller soll nicht verfehrt sein. Die Brandursache ist unbekannt.

**dz Ruppenheim (Amt Rastatt), 29. März.** (Kind tödlich verunglückt.) Ein 6 Jahre altes Mädchen, das mit einer Kinderkugel auf einem Holzlagerplatz spielte und dabei auf eine Bretterstütze kletterte, verunglückte dadurch tödlich, daß die Bretter umstürzten und das Kind unter sich begruben.

**dz Waldmatt (Amt Bühl), 29. März.** (Schwerer Unfall.) Die beiden Arbeiter August Bäuerle von Waldmatt und Joseph Lorenz von Oberweier wurden von einem schweren Unfall betroffen. Beim Holzfahren brach plötzlich die Bremse, die beiden Arbeiter gerieten unter den Wagen, während die Pferde weiter die Straße bergab liefen. Bäuerle erlitt einen linken Unterschenkelbruch, Lorenz einen linken Oberarmbruch.

**dz Schwarzsach (bei Kehl), 29. März.** (Schwerer Unfall.) Der Kronenwirt Josef Hofmann wurde auf dem Felde vom Pferde auf den Kopf getroffen. Erst nach einer Stunde wurde er in bewußtlosem Zustande aufgefunden und ins Bübeler Krankenhaus gebracht. Hofmann hatte einen starken Blutverlust erlitten.

**dz Offenburg, 29. März.** (Kleiner Fabrikbrand.) Durch Kurzschluss entstand in der hiesigen Spinnerei- und Weberei ein kleiner Brand, der jedoch durch Arbeiter sofort gelöscht werden konnte. Der durch das Feuer entstandene Sachschaden ist äußerst gering, Gebäudeschaden ist keiner entstanden.

**dz Emmendingen, 29. März.** (Schuhhaft.) Gemeindevater Prof. Dr. Hans Feiffer, der Führer der hiesigen Zentrumspartei, wurde zu seiner persönlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen. — Auch der Führer der hiesigen Sozialdemokratischen Partei, Gemeindevater S. Glüh, befindet sich zusammen mit einer Anzahl Kommunisten in Schutzhaft. Gegen Glüh ist ein Strafverfahren wegen Beleidigung des Reichskanzlers anhängig.

## Grauenhafter Mord bei Weidau

**TU Weidau (Sachsen), 29. März.** Am Dienstagabend erlitten bei dem Gendarmenbeamten in Langenbernsdorf die Frau Elsa des Schlossers Wärenwald und gab an, daß sie ihren Mann erschlagen habe. Sie hat, in Haft genommen zu werden. Der Beamte fand die Angaben bestätigt. Beim Betreten der Wohnung bot sich ihm ein grauenhaftes Bild. In einer großen Blutlache lag der Körper des 45 Jahre alten Ehemannes. Einen Meter davon entfernt lag der Kopf, der durch Weilhiebe vom Rumpfe getrennt war, daneben das Beil. Der Kopf wies Verletzungen im Gesicht und am Hinterkopf auf. Die Mordkommission des Kriminalamtes Weidau nahm den Tatbestand auf. Die Frau wurde verhaftet. Der Grund zu der grauenhaften Tat dürfte in einer schon seit Jahren bestehenden Ferküttung der Ehe zu suchen sein.

**ld Neuenburg bei Mühlheim, 28. März.** (Aus der Fremdenlegion zurück.) Vergangenen Freitag wurden wieder mehrere deutsche Staatsangehörige über die Grenze bei Neuenburg nach Deutschland abgeschoben, die in der französischen Fremdenlegion mehrere Jahre gedient hatten. Zwei von ihnen wurden von der Gendarmarie festgenommen und in das Gefängnis nach Mühlheim verbracht, da sie von den deutschen Behörden zwecks Verurteilung einer Strafe gesucht werden.

**dz Bolkstedingen, 29. März.** (Erhängt aufgefunden.) Auf dem Ochsenberg wurde ein 37 Jahre alter Mann erhängt aufgefunden. Er hatte sich vor etwa vier Wochen von zu Hause entfernt, um auf die Wanderschaft zu gehen.

**dz Mhauen (Amt Ueberlingen), 28. März.** (Bürgermeister Gruppe gestorben.) Am Samstag ist Bürgermeister Gruppe an den Folgen einer schweren Grippe verstorben. Der Verstorbene genöß in der Gemeinde großes Ansehen, dank seiner gerechten und pflichtbewußten Dienstführung. Bürgermeister Gruppe stand im 57. Lebensjahre.

**dz Mainz, 27. März.** (Sonderbarer Racheakt.) Dieser Tage wurde am Zollhafen ein Mann beobachtet, der seine Schlafröhre in eine Wanne mit Wasser tauchte und damit begann, die einzelnen Stücke ins Wasser zu werfen. Schiffer, die hinzueilten, hinderten den Mann, seine „Taten“ zu vollenden. Es stellte sich heraus, daß es sich um einen Mainzer Einwohner handelte, der mit seiner Familie in Streit lebte und, um diese zu ärgern, nach reichlichem Alkoholgenuß zu dem verrückten Plan gekommen war.

**dz Birmasens, 29. März.** (Revolber in Kinderhand.) In Ruppertsweiler ereignete sich, wie jetzt erst bekannt wird, am Sonntag ein bedauerlicher Unfall. Ein Mitglied einer DSB-Wanderguppe spielte mit einem kleinen Zergerol, als sich plötzlich ein Schuß löste, der einem Freund von ihm, einem 17jährigen Jungen aus Birmasens, in die Brust ging. Die Verletzung ist lebensgefährlich, da die Kugel in die Herzkammer eindrang, wo sie vorläufig nicht entfernt werden kann.

**dz Stuttgart, 28. März.** (Festnahme einer eleganten „Dame“ am Bahnhof.) Am Sonntagabend gegen 8 Uhr wurde am Stuttgarter Hauptbahnhof eine elegant gekleidete Dame von der Polizei festgenommen und auf die Polizeiwache I gebracht. Schon dort stellte sich, wie die „Württembergische Zeitung“ berichtet, heraus, daß es sich um einen erwerbslosen Mann in den dreißiger Jahren aus Stuttgart handelte. Sein äußerliches, zierliche Schübe, ein reichendes Hüftchen und ein fabelhafter Pelzmantel ließen dies kaum erkennen. Lediglich sein auffälliges Benehmen veranlaßte die Festnahme. Die weitere Unteruchung wird ergeben, ob der Mann aus Neigung, aus verbrecherischer Absicht oder aus Unfug die Rolle der „vornehmen Dame“ spielte. An Vermitteln verfuhr er im übrigen über seinen Pfennig.

**dz Neckarweichingen (am Ludwigsburg), 29. März.** (Attentat im Redar.) Spielende Kinder fanden gestern im Redar in der Gegend der Krämergasse 60 Gehrpatronen, zum Teil englischen und französischen Ursprungs, die noch aus der Kriegszeit stammen dürften. Offenbar hat sich der Besitzer ihrer entledigen wollen, indem er sie ins Wasser warf. Die Munition wurde ans Bürgermeisteramt eingeliefert.

**dz Frankfurt a. M., 29. März.** (Jüdische Rechtsanwälte in Frankfurt a. M. verhaftet.) Aus bisher noch nicht bekannten Gründen wurde hier eine Anzahl jüdischer Rechtsanwälte von der Polizei in Haft genommen. Unter den Verhafteten befindet sich auch der bekannte Frankfurter Universitätsprofessor Rechtsanwalt Dr. Singheimer, der frühere Frankfurter Polizeipräsident, der Mitglied der SPD ist.

**dz Wülhausen i. E., 29. März.** (Tödlicher Jagdunfall.) Ein folgenschwerer Jagdunfall ereignete sich am Sonntag in Steinbach. Ein junger Jäger bemerkte plötzlich einen Warden; schnell entschlossen nahm er sein Gewehr und schlug mit dem Kolben auf das Tier ein. Die nicht gefesterte Waffe blieb im Gesicht hängen und plötzlich trachten zwei Schüsse. Der Waidmann wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus verbracht, wo er am Montag früh verstarb.

### Ämtliches

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.**  
Ernannt: Finanzinspektor Friedrich Moser an der Universität Freiburg zum Rechnungsrat.  
Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand: Ministerialrat Gustav Künfel im Ministerium des Kultus und Unterrichts.

### Rechtliche Nachrichten

Im Kurhaus Neustadt finden in nächster Zeit noch folgende Exerzienturen statt: Kongregantinnen: Freitag, 31. März bis Dienstag, 4. April. (Teilnehmerinnen auch ohne Anmeldung willkommen.) — Mittelschüler: Samstag, 8. April, bis Dienstag, 11. April. — Abiturienten und Jungakademiker: Dienstag, 11. April, bis Samstag, 15. April. — Lehrerinnen: Dienstag, 18. April, bis Samstag, 22. April. — Jungfrauen, die schon Exerzienten gemacht haben: Montag, 1. Mai, bis Freitag, 5. Mai. — Meßner: Montag, 8. Mai, bis Freitag, 12. Mai.

### Wetterbericht

Allgemeine Witterungsübersicht. Karlsruhe, 29. März. Das Festlandhoch wird jetzt von den es umgebenden Tiefdruckgebieten abgebaut, die Witterung der Wetterlage wird sich jedoch langsam vollziehen.  
Vorausichtige Witterung für Donnerstag: Fortwäh der bestehenden, tagüber warmen Witterung.  
Wasserkände des Rheins am Mittwoch, morgens 8 Uhr: Waldsüt 184, gef. 8; Bodel —16, gef. 2; Weisach 80, gef. 2; Kehl 198, gef. 1; Raragau 848, gef. 5; Mannheim 218, gef. 1; Caub 144, gef. 4 Zentimeter.



# An neuen Fronten

## Deutsche Propaganda

Der Gedanke, eine besondere Zentralstelle in der Reichsregierung mit der Wahrung des deutschen Ansehens durch Propaganda für die Nation, Abwehr falscher Gerüchte und Anschuldigungen, sowie durch Beeinflussung moderner Bildungsmittel und aktive Werbung zu befragen, hat etwas Bedeutsames und Neues in sich. Es hat sich immer wieder herausgestellt, daß die deutsche Leistung und das deutsche Wollen nicht ausreichen, um falsche Vorstellungen, starke Abneigungen und gegnerische Verleumdungen namentlich im Ausland entsprechend abzuwehren. Ein Rückblick auf den Krieg 1914/18 mit dem überhebenden Wirken der Northcliffe-Presse sagt genug. Aber auch heute noch kann jeder Auslandsreisende feststellen, daß von anderen Staaten besonders auf dem Gebiet der Kulturpropaganda erhebliche mehr und erfolgreicher gearbeitet wird als von deutscher Seite. Auch die Zeit seit dem Kriege hat, namentlich im Bereich des Auswärtigen Amtes hierin nur geringe Verbesserung gebracht, da sich personell wenig änderte. Ein Positives war jedoch die Förderung privater Arbeit für Deutschland, die viel Gutes zuwege brachte. Nunmehr hat man sich mit beachtlicher Energie von Reichs wegen der deutschen Propaganda angenommen. In Herrn Goebbels glaubt man den geeigneten Mann für den wichtigen Posten eines Reichspropagandaministers gefunden zu haben. Da er selbst im Dienste seiner Partei Erhebliches auf dem Gebiet der Propaganda, Werbung und Massenwirkung geleistet hat und auch wohl als Vater des Gedankens eines neuen Reichsministeriums angesprochen werden darf, kann man an seiner Befähigung für das wichtige Amt füglich nicht zweifeln. Ebensovienig zweifelt man daran, daß Reichsminister Goebbels, wie es dem Wesen seiner in Umrisen bekannten Aufgabe entspricht, jene Bestrebungen und Arbeiten unterstützen wird, die dem Ansehen des deutschen Staates schon bisher gedient haben und daß er ein sorgfamer Förderer der vielseitigen Initiative sein wird, die sich im Volk zeigen; denn es ist ganz klar, daß nicht nur aus politischen Gründen ein Reichsministerium nicht alles, was zur Hebung des deutschen Ansehens auf geistigem Gebiete notwendig und zweckmäßig ist, allein bewältigen kann. In vielen Fällen ist von Reichsseite gerade die Zurückhaltung das Gebotene. Das muß zu Anfang der Tätigkeit des Ministeriums gesagt werden. Im einzelnen aber dürfen wohl nachstehende Gedanken, die auf Tatsachen und Erfahrungen beruhen, von allgemeinem Interesse sein. Entscheidende Bedeutung in Geltung und Ansehen eines Landes kommt dem Wesen und Verhalten der Einwohner selbst und den inner- wie außenpolitischen Zielen und Maßnahmen der Regierung zu. Als Beispiel sei erwähnt, daß bei Frankreich schon vor dem Krieg die demokratische Verfassung, die — wenigstens mit Erfolg glaubhaft gemachte Freiheit der politischen Meinung in Presse und Öffentlichkeit eine gut ausgenützte Werbung für den Staat bedeutete. Gerade auch in Frankreich wurde vor dem Krieg die französische Freiheit und Kultur gefühlig gegen das faulerliche Deutschland ausgelebt. Das neue Deutschland hat nun ein großes Erbe übernommen: die deutsche Tüchtigkeit im industriellen und gewerblichen Leben, die deutsche Organisationsfähigkeit und den Ruf unserer Qualitätsleistungen in der Wirtschaft. Hier ist nur zu wünschen, daß nichts geschehe, was diesen Ruf schmälern und die deutsche Wirtschaft um die Früchte ihrer Arbeit bringen könnte. Kurzfristig aber wäre es anzunehmen, techn. Leistung allein genüge als Propaganda eines Staates. Das hat die neue Reichsregierung auch klar erkannt und von diesem Standpunkt aus muß die Kanalarbeit im Reichstag z. B. als hervorragende Tat gewertet werden. In ihr ist klar und deutlich ein sittliches Wollen, eine vernünftige Politik des Friedens und eine im gegenwärtigen Moment erfreuliche autoritäre Führung proklamiert worden. Wenn nun die Taten der Erklärung entsprechen, wird die Wirkung ohne Zweifel im Lauf der Zeit immer stärker sichtbar werden. In der Vorbereitung der tatsächlichen Fortschritte und Erfolge der nationalen Regierung wird die Reichspropaganda ihre beste Stütze besitzen. Namentlich wenn sie in geeigneter Verbindung mit der Publizität die richtigen Wege fernab jeder aufdringlichen Form und ohne abläßwähende Hinweise auf ihre Propagandaabsichten findet. Hier kann auch das Beispiel des sowjetischen Auslands Fingerringe geben, das es — freilich von seiner Weltferne unterstützt — fertig brachte, trotz miserabler Leistungen erhebliche Eindrücke in weiten Kreisen der Zeitgenossen zu machen.

Ihre erste Feuerprobe hat die Tätigkeit des Propagandaministers in der Judenfrage zu bestehen. Geringfügige Vorkommnisse haben hier — durch Feinde geschürt — die Weltmeinung in Aufregung gebracht. Wichtiges und würdevolles Verhalten muß die üblen Folgen deutschfeindlicher Hetze beseitigen. Die Regierung kann das erreichen, ohne das unbestreitbar Gute ihres Standpunktes preiszugeben. Aber Propaganda allein kommt nicht gegen Tatsachen auf, das muß man sich merken und niemand kann übersehen, wie verhängnisvoll die Vertretung des Schutzes deutscher Minderheiten durch Kardinalfehler in der Judenfrage erschwert werden müßte! Herr Goebbels hat in seiner Hand eine große Macht der Meinungsbildung vereinigt. Soweit es um das wahre Interesse Deutschlands mit einwandfreien Mitteln geht, wird er gerade auch die katholische Presse an seiner Seite finden.

Wir können dafür erwarten, daß die besonderen Gesichtspunkte des kath. Volksteils liebevolle Berücksichtigung finden u. daß niemals vergessen wird, welche Werte das ganze deutsche Volk seiner kath. Vergangenheit und Gegenwart dankt u. wie bedeutsam der deutsche Katholizismus mit seinen Leistungen für unser Ansehen in der Welt ist. Solange es möglich sein wird, daß der deutsche Katholik in freier Mitarbeit an der Schaffung des deutschen Volksbildes mitwirken kann, besitzt die Regierung des Reiches in ihrem Bestreben einen Bundesgenossen von höchster Bedeutung. Dagegen müßte jeder Versuch, von parteipolitischen Gedankengängen ausgehend, in die geistige Struktur Deutschlands und die Freiheit der Katholiken einzugreifen, verheerend wirken.

Das Beispiel des laizistischen Frankreichs

zeigt, wie sehr man dort die katholische Arbeit im Ausland schätzt und fördert ihres Wertes für den Staat un. sein Ansehen eingedenk. Was dort möglich ist, muß auch bei uns gehen. Wir können uns nicht vorstellen, daß in einer Zeit, wo wieder eine ganze Welt gegen Deutschland planmäßig aufgebracht wird und unsere deutschen Lebensinteressen auf dem Spiel stehen, unter Volksoffklärung und Propaganda etwas anderes verstanden wird, als die sittliche deutsche Tat! Alle Energie muß heute der starken Zu-

sammenfassung aller deutschen Lebenskräfte unter einer anerkannten Regierung gelten. Das erfordert zu der Entschlossenheit des Führers die sorgfame Klugheit des wahren Staatsmannes, der die vielgestaltigen Kräfte im deutschen Volk in ihrer Eigenart befreit und auf gemeinsame Ziele konzentriert.

An einer Wende deutscher Geschichte sieht der Katholizismus die beste deutsche Propaganda in der Verwirklichung christlicher Sozialidee und friedlichen Aufbaues. Dr. O. F.

## Nationales Wollen und katholischer Kulturwille

In diesen Tagen, da der politische Katholizismus aus seiner führenden Mitarbeit am Aufbau eines neuen Deutschland zur Bedeutungslosigkeit zurückgedrängt zu sein scheint, mag man unsere Lebensarbeit als phantastisch, optimistisch, ja, gefährlich ansehen. Und doch ist es richtig. Was darf allerdings nicht das Spiel von Gruppen auf der Bühne des politischen Lebens als wesentlich, oder gar einzige Hebung der politischen Einstellung jener Volksteile ansehen, die diese Gruppen zu vertreten suchen. Der Kämpfer und Agitator bietet gleichsam nur Gebrauchsartikel, wie sie Not und — Mode des Tages wollen. Die geistigen Wertstätten stellen gewichtigeres Ware her und schaffen fern der Front gedankenschwere Werte. Zu ihnen gilt es vom politischen Vordergrund her den Weg zu bahnen.

Dann ergibt sich etwas Wunderbares: Die Gegner begegnen sich auf geistiger Höhe und erkennen sich mit Staunen, dann mit Achtung als Brüder trotz aller Unterschiede. So finden wir heute auf diesen geistigen Gipfeln tatsächlich eine Wiederbegegnung katholischer Weltanschauung und deutscher Staatsidee. Man lese nur das Heftchen Nr. 86 der Religiösen Quellenchriften, die Dr. Wattercheid bei L. Schwann in Düsseldorf herausgibt. Der Verfasser dieses Heftchens, Dr. Hens Dahmen in Bonn, findet solche Begegnung da, „wo der Wille zur sichtbaren Ordnung des Lebens, der Sinn für Bindung und Einigung in der Gemeinschaft, wirksam ist, wie ihn Guccini für die Selbsterziehung, Dempp für die Staatsordnung, Komen für die Gesellschaftsgestaltung, Herweghe für die völkische Frage, Dildendorfer für das Massenproblem, Helbing für den Humanismus und Schmitt für die politische Form bekennt oder fordert“.

Der Herausgeber, der von allen genannten und noch zu nennenden Denkern Quellenzitate bringt, ist in seine Meinung von der Wiederbegegnung nicht so bernarrt, daß er nicht auch Trennungen vorzunehmen weiß. Das gilt von der durch Leopold Dingeldey beispielhaft vertretenen Politik aus dem Glauben des Nationalismus und von A. Rosenbergs. Mythos des 20. Jahrhunderts, einem Buche übrigens, das man im politischen Tageskampf auf katholischer Seite doch wohl viel zu einseitig als Bibel des jungen Nationalismus angesehen hat. Man hätte besser getan, sich mit der Stellung des neuerwachten religiösen Protestantismus der dialektischen Schule und Wilhelm Sta-

pels zur Politik eingehend und verständnisvoll zu befassen (die allerdings nicht mit einer geistigen Grundlegung des Nationalsozialismus gleichgestellt werden dürfen). Sie kann gewiß nicht unsere sein; aber sie gibt Rahmen recht, der sie als aus dem Religiösen herkommend hoffnungsvoller merkt, als die rein materialistische und verweltlichte alte Einstellung. Religiös fundiert ist heute jede zukunftsrichtige Politik, und religiös klingende Äußerungen unserer jetzigen Führer als Schauspielerei zu werten, wäre das Zeichen eines unheilbar fanatischen, erharteten und unreligiösen Geistes! Wir dürfen ihm nicht verfallen!

Hören wir in diesem Zusammenhange noch eine andere mahrende Stimme! In der Unitas, 73. Jhrg., 1933 Nr. 4, lesen wir in einem Bericht von Rektor Peter Heiser über die Tagung des Reichsausschusses deutscher Jugendverbände, die vom 23. bis 26. Dezember 1932 in Soest stattfand, folgende Schlusssätze: „So wird sich also der Katholizismus bald in einer Verteidigung nach zwei Fronten finden: der protestantisch-nationalistischen (imperium sacrum teutonicum-protestantismum) und der deutsch-bolschewistischen. Daß es nur Verteidigung sein wird und nicht Führung, braucht nicht so zu kommen. Der religiöse Aufbruch ist da und in entscheidenden Fragen geht ein innerer Aug auf katholisches Urgrund hin. Aber es kommt ja nicht nur darauf an, daß man die Wahrheit besitzt, sondern sie auch „allen Völkern in ihrer Sprache“ verständlich macht. Auch in Soest wurde vieles als neue Entdeckung ausgesprochen, was längst in den katholischen Soziallehren verankert ist. Wir sind zwar in der Klarheit der Prinzipien viel weiter. Aber ihre Wahrheit müßte sichtbar werden durch mutige Konsequenzen und ganz anders verstanden werden in einer Sprache, die die anderen auch verstehen. Wir müssen ihnen mehr „unterwegs“ begegnen, uns in ihr Suchen hineinbegeben, um sie zu treffen. Sonst besteht die Gefahr, daß diese Bewegungen am Katholizismus vorbeiziehen und mit ihrer Dynamik aller zerstören.“

So fassen wir zum Schluß die Wiederbegegnung in anfeuerndem Sinne nicht so sehr als Tatsache, sondern als strenge Forderung an uns alle gerade in dieser Zeit, die uns — auch das ist einmal gut! — Ruhe gibt, die Grundlagen unserer Politik zu prüfen.

Dr. W. Kahl, Rütten.

## Minister Göbbels über Filmreform

Dr. Göbbels sprach am Dienstagabend auf einer Veranstaltung der „Dachorganisation des filmischen Deutschland“ über „zeitgemäße Aufgaben des deutschen Films“. Er begann mit der Feststellung einer schweren Krise, die nicht materielle, sondern geistige Ursprungs sei. Durchgreifende Reform sei notwendig. Zur Erläuterung der Richtlinien, nach denen sich künftig die Produktion erziehen soll, nannte er fünf Filme, in denen sich ihm die Produktionsmöglichkeiten positiv und negativ am deutlichsten ausgeprägt hätten. In erster Linie der „Kotemita“; dieser Film sei trotz ausgesprochenster Tendenz ein Kunstwerk ohne gleichen, ein Vorbild dafür, wie politisch-melancholische Stimmung mit allen Mitteln modernster Technik zum Ausdruck gebracht werden könne. Freilich sei es gerade die Bestimmung gewesen, die das nationale Deutschland veranlaßt habe, gegen den Film Stellung zu nehmen. Dann die „Anna Karenina“, mit der Garbo, die den Beweis geliefert habe, daß der Film kein Surrogat sei, sondern in höchstem Maße eigene künstlerische Werte besitze. Die „Mabelungen“ hätten gezeigt, daß auch ein so abgelegenes Thema sehr aktuell sein könne, während der logenante patriotische Film der letzten Jahre alles, nur nicht zeitgemäß gewesen sei. Hier sei vielstufige Bestimmung in so primitiver Form vermittelt worden, daß man glauben konnte, die Zeit bewege sich nur im Parademarsch und Trompetengeschmetter. Schließlich nannte Göbbels noch den „Rebell“, das Vorbild eines nationalsozialistischen Films, der auch den politischen Gegner überzeugen müsse. Man habe hier den Beweis, daß ein Film um so größere Wirkungsmöglichkeiten habe, je schärfer seine völkische Konnotation herausgearbeitet sei. Dieser sei aber der Film an seinen großen Möglichkeiten vorübergegangen. In einer Zeit, in der sich ein revolutionäres Drama ohne gleichen vollziehe, fehle es nicht an Stoff, wie so oft gesagt werde, sondern nur an dem Mut, ihn anzupacken. Hier liege der eigentliche Grund der Filmkrise. Anstatt sich den großen Aufgaben der Zeitgestaltung zuzuwenden,

habe man sich mit Amüsaments begnügt. Jetzt in der neuen nationalen Umwelt müsse der Film statt hinter der Zeit herzuläufen, zum Bahnenführer der Idee werden. Unsere Absicht ist nicht parteipolitisch begrenzt, sie gilt dem ganzen Volk. In diesem Sinne sehe die Regierung ihre Aufgabe nicht nur in der Zensur, sondern noch mehr in der Förderung des Films. Die Kunst sei frei und müsse frei bleiben, allerdings mit dem einen Vorbehalt, daß sie sich an bestimmte politische, sittlich-nationale Normen gebunden fühle, ohne die ein völkisches Zusammenleben unmöglich sei. Es sei ein weiter Spielraum von dem Punkte, wo die Zensur einsetze, bis zu dem Film, den die Regierung als Muster einer ganzen Jahresproduktion hervorheben werde, genug Bewegungsfreiheit, um dem ganzen künstlerischen Schaffen zu einem neuen Ethos zu verhelfen.

Man wird in diesen Gedanken sehr viel finden, dem wir unbedingt zustimmen können. Von der Verwirklichung guter Grundgedanke wird der Erfolg abhängen. Was hier vom Nationalen gesagt ist, gilt weitlich auch von der katholischen Idee, deren Propagierung nach neuen Wegen ruft.

Bernhard Shaw predigt in China den Kommunismus! Bernhard Shaw besuchte jüngst die Universtität Hongkong und empfahl bei dieser Gelegenheit den Studenten das Studium des Kommunismus: „Lest gute und ernste Bücher, lest revolutionäre Bücher! Wenn ihr mit 20 Jahren nicht Revolutionäre seid, werdet ihr mit 50 Prostituierte sein; wenn ihr dagegen mit 20 Jahren Kommunisten seid, seid ihr mit 40 Jahren noch Herr der Situation.“ — Die Presse Hongkongs hat mit Recht protestiert, daß die Universtitätsbehörde dem englischen Dramatiker die Aula für solche Reden zur Verfügung stelle.

## Professor Dr. Sauer päpstlicher Hausprälat

Freiburg, 28. März. Univ.-Professor Dr. Josef Sauer, derzeitiger Rektor der Universität Freiburg ist von S. Heiligkeit Papst Pius XI. zum päpstlichen Hausprälaten ernannt worden.

Professor Dr. Josef Sauer doziert seit vielen Jahren in Freiburg Patrologie, christliche Archäologie und Kunstgeschichte und ist als Konservator der christlichen Denkmäler der Kunst und des Altertums in Baden weit hin bekannt. Seine Ehrung durch Ernennung zum päpstlichen Hausprälaten von der Zentrale der katholischen Christenheit aus, wo man ihn längst kennt und schätzt, ist wohlverdient und wird von allen seinen Freunden und Verehrern, insbesondere von seinen vielen eifrigen und gegenwärtigen Schülern mit Genugtuung aufgenommen. Er ist nicht nur gelehrter Lehrer der Freiburger Hochschule, als deren Rektor er schon mehrfach fungierte, aus seiner Feder stammen auch eine Reihe hervorragender Werke auf dem von ihm bearbeiteten Gebiet. Der neue Prälat war schon als Student ein ob seiner Fähigkeiten bevorzugter Schüler des berühmten Archäologen und Kunstgeschichtlers Franz Xaver Krauß und hat später bei Anton de Waal seine Studien vertieft. Ihm galt immer die lebendige Wirklichkeit mindestens soviel wie das Alten- und Bücherstudium. Als junger Forscher zog er, wie die Freib. Tagespost aus dem Anlaß der neuesten Ehrung freilich, aus, um in Frankreich und Italien das kunstgeschichtliche Material an den Originalen und an Ort und Stelle zu studieren. Und noch in den vergangenen Jahren hat er zum Teil unter größten persönlichen Opfern und Verschmerzen Fortschritten nach Ausland Meinungen, Armenien und Ägypten gemacht. Jeder Einzelne weiß, daß er denn auch in selbstgemachten Bildnis-Aufnahmen eine letzte große Sammlung von Werken der christlichen Kunstgeschichte besitzt. Bearbeitet und syste-

matifiziert hat er es in verschiedenen größeren Werken, besonders auch in einer Fülle von Untersuchungen in Zeitschriften und Festschriften, wie in ungezählten öffentlichen Vorträgen. Er ist aber nicht nur in die Ferne, in die Heimatländer der alten christlichen Kunst gegangen, mit gleicher Liebe und gleichem Eifer hat er die kunstgeschichtlichen Denkmäler unseres Heimatlandes Baden bearbeitet. Die Stadt Freiburg selbst besitzt eine gute kunstgeschichtliche Monographie in dem von ihm verfaßten „Alt-Freiburg“ (im Verlag Dr. Fischer). Das Land Baden hat seine Arbeit dadurch geehrt, daß es ihn im Jahre 1909 zum Konservator für kirchliche Kunst- und Altertumsdenkmale ernannt und dadurch ein großes Einflußfeld eröffnet hat. Eine Reihe von wissenschaftlichen Gesellschaften zählt ihn als einflußreiches Mitglied oder als Vorsitzenden. So die „Freunde der städtischen Sammlungen“, die Gesellschaft für Geschichte, Altertums- und Volkskunde, die Historische Badische Kommission, der Münsterbauverein, das Alemannische Institut, die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Er bezieht sich nirgends damit, einfaches Mitglied zu sein, sondern er ist in allen diesen Organisationen ein aktives, belebendes Element. Man kann wohl auch sagen, daß ihn mit den hervorragenden Fachleuten aller europäischen Länder die lebhaftesten und engsten Beziehungen verbinden. So reicht seine Arbeit und sein Einfluß weit hinaus über die Grenzen unserer engeren Heimat. Wer in irgend einer Angelegenheit ihn auffucht, findet in ihm stets einen konstanten, hilfsbereiten Förderer. Nichts beleuchtet so sehr das Ansehen, das er an der Freiburger Universität genießt, als die Tatsache, daß er im vorigen Jahre in einer der schwierigsten hochpolitischen Zeiten zum zweiten Male — und das außer der Reihe — zum Rektor gewählt worden ist. Auch von unserer Seite seien ihm an dieser Stelle die herzlichsten Glückwünsche zu der ihm neuerdings so wohl gewordenen Ehrung ausgesprochen.



# Janka Brack

Ein Abenteuer-Roman von M. von OERTZEN

„Sparen Sie sich die Mühe“, sprach Janka kalt. „Der Schreiber ist Herr Stephan Bodek, der Sekretär des Herrn von Troll.“

Der Gerichtsrat faltete das Blatt zusammen und legte die Hand darauf.

„Dieser Brief ist mit der Schreibmaschine geschrieben. Die Handschrift bietet keinen Anhaltspunkt.“

„Aber die Niedrigkeit der Handlungsweise!“ behauptete Janka stark. „Diese Tat trägt ihren Stempel an der Stirn. Kein anderer als jener Mensch hat sie begangen!“

„Das vertrauliche fast freundschaftliche Verhältnis des Barons zu seinem Untergebenen war stadtbekannt“, meinte der Rat, indem er sich bemühte, seinem Organ einen Beifang schonender Milde zu verleihen. „Welchen Grund sollte nun der Mann zu einem derart niedrigen Vorgehen haben? .. Von einem Bruche verlautete nichts?“

„Ich weiß es nicht“, murmelte Janka dumpf.

„Ich schlage vor, nach dieser Abschweifung auf den Brand von Trollenhausen zurückzukommen“, wandte sich der Gerichtsrat an den Gärtner: „Sie vermuten also die Magd ...“

„Ne, da sei Gott vor, Herr Gerichtsrat, ich vermutete beileibe nicht, daß all Mariken sich so weit verläßt hat ...“

„Darf ich mir hier eine Frage gestatten?“ fiel der unerbessliche Affessor ein. „Welcher Zeitraum war von der plötzlichen Abreise des Herrn von Troll bis zum Ausbruch des Brandes auf seinem Besitztum verstrichen? Es ist erwiesen, daß Herr von Troll mit auffällender Mäßigkeit die Gegend verließ und daß sein Sekretär, ein Mensch von dunkler Vergangenheit, wenige Tage später das Weite suchte. Wie in Erfahrung zu bringen, ob dieser Herr den Baron an drittem Ort getroffen hat.“

Der Affessor machte eine Pause und sah sich triumphierend im Kreise um.

Der Graf sah ihn scharf ins Auge.

„Was wollen Sie damit sagen, Herr ... Herr ...“

„Von Lübbert, gestatten. Gar nichts, Herr Graf. Wir haben überhaupt nichts zu sagen oder gar zu denken. Wir haben nur Klarheit zu schaffen, rüchichtslos, unparteiisch.“

„Das ist selbstverständlich auch mein Wunsch“, sprach der Graf kalt.

„Wichtig trat Janka einen Schritt vor.“

„Der Sekretär Bodek hat sich nicht zu meinem ... zu Herrn von Troll begeben. Und hat ihn auch nicht getroffen.“

„Ah!“ Herr von Lübbert lächelte.

Der Gerichtsrat, peinlich berührt, sah Janka beschwörend über seine Brillengläser hinweg an: „Ich bitte um Verzeihung, gnädigste Gräfin, dies dürfte sich denn doch Ihrer Kenntnis entziehen. Niemand hatte mehr Gelegenheit, Herrn von Troll nach seiner Abreise zu sprechen.“

„Doch ich!“ erklärte Janka fest.

Der Graf wurde weiß bis in die Rippen.

Herr von Lübbert spielte lächelnd mit seinem Federhalter. Augen hatte das Weib!

Der Gerichtsrat biß sich auf den Schnurrbart. Da nahmen die Dinge eine Wendung — na, hoffentlich kam es nicht zur öffentlichen Verhandlung.

„Du ... du hast Herrn von Troll gesehen und gesprochen?“ sprach der Graf leise, drohend. „Wann?“

„Wenn ich bitten darf!“ unterbrach ihn der Gerichtsrat. „Frau Gräfin haben also Herrn von Troll gesprochen?“

„Ja. Er wünschte mich noch einmal zu sehen, bevor er ins Feld zog.“

„Ins Feld?“ riefen Lübbert und der Graf zugleich. Janka warf den Kopf auf. Schön und finster anzusehen.

„Ja, ins Feld. Ich willfahrte seiner Bitte. Wir nahmen Abschied. Dem Sekretär begegnete ich nicht.“

„Aardon, damit ist noch nicht bewiesen, daß der Herr sich nicht dennoch dort befand.“

„Rüch maß sie den erhitzen jungen Herrn: „Ich habe nichts zu beweisen, nur die Wahrheit zu sprechen!“

Der Gerichtsrat machte ein ernstes Gesicht, strich sich das Kinn. Der Teufel hole diese ganze Angelegenheit! Dieser Streber von Lübbert wollte sich da die Sporen verdienen. Es gab kein Ausweichen mehr.

„Es wäre von außerordentlichem Interesse für uns, wenn der Aufenthaltsort des Herrn von Troll und seines Sekretärs ermittelt werden könnte“, sprach er zögernd, zu Janka gewandt.

„Ich habe nie mehr etwas von ihm gehört“, erwiderte sie still. Ein Aufatmen — der alte Graf richtete sich empor.

„Gnädigste Gräfin korrespondieren nicht?“ warf der Affessor ganz unschuldig, so beiläufig hin.

„Sie haben ein schlechtes Gedächtnis, mein Herr“, antwortete der Graf mit Betonung an Jankas Statt. „Sie erfahren doch soeben, daß die Gräfin nie mehr etwas von Herrn von Troll gehört hat.“

„Aardon, aardon! Meine Frage sollte keinen Zweifel zum Ausdruck bringen.“

Der Gerichtsrat blickte ihn mißbilligend an. „Vermutungen auszusprechen, ist hier nicht uneres Amtes. Aber wäre es nicht möglich, ja es liegt sogar meines Erachtens entschieden im Bereich der Möglichkeit, da niemand ein eigenständiges Interesse an dem Brande aufzuschreiben ist, daß ein Racheakt vorläge?“

„Ein ... Racheakt?“ Der Graf zog die Brauen hoch.

„Ja. Brandstiftung ist einmal erwiesen durch den Befund der Kommission.“

„Aber wer?“ — wandte die Gräfin ein — „ich frage Sie, Herr Rat: wer könnte meinen Stiefvater hassen, daß er sich so an ihm rächen könnte?“

„Ja, das ist eine sehr schwierige Frage. Alle und keiner. Da wirbelt irgendwo müßiges Gerede auf, der Volksmund bemächtigt sich seiner, trägt es weiter, nährt den Haß und schafft andererseits den redlichen Sinn, der Gerechtigkeit fordert. Ein irregleiteter Geist übernimmt es, auf eigene Faust die Nemesis zu spielen ... so entsteht das Rachegeflüster, das Heimgählenollen Verbreden tilgen wollen durch Verbreden.“

„Ich verstehe das alles nicht.“

Janka blickte von einem zum andern. Der Affessor studierte anscheinend seine Fingerspitzen. Der Gerichtsrat rieb sich mit seinem feidenen Taschentuch die Stirn ab.

Nur der Graf bewahrte seine ruhige gewohnt unbefangene Haltung. „Welches müßige Gerede meinen Sie denn, mein lieber Rat?“

„Ich meine die bedauerlichen und unkontrollierbaren Gerüchte, die den unglücklichen Unfall des vereinigten Grafen Woldegar weniger ... eh ... weniger eben gerade einem Unfoll zuschrieben, als ... als ...“

„Sprechen Sie es nur aus, Herr Rat“, sagte Janka mit unheimlicher Ruhe. „Sie beschuldigen meinen abwesenden Stiefvater einer verruchten Tat.“

„Ich? Aber um Gotteswillen, meine gnädigste Gräfin! Fern sei es von mir, sonst wäre ich ja längst verpflichtet gewesen, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen! Wir haben uns hier nur mit dem Gerede zu befassen, so weit es uns zur Ermittlung des Brandstifters dienen kann. Denn meines Erachtens können wir ihn mit Recht hier suchen.“

„Und meines Erachtens“, fiel Janka entschieden ein, „ist er ganz wo anders!“

Sie setzte sich und redete kein Wort mehr.

## Ueber die Zukunft der Gewerkschaften

Es kann keinem Zweifel unterliegen: In der nächsten Zeit werden wir mit einer völligen Umgestaltung der staatspolitischen und rechtlichen Stellung der Gewerkschaften rechnen müssen. Gerade wenn man die gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer als notwendige Berufsvereine bejaht, muß man auch den Mut haben, das Neue und werdende zu sehen. Es handelt sich heute nicht mehr darum, sich der Entwicklung entgegenzustellen. Wer einem solchen Widerstand das Wort reden möchte, hätte die Zeit verstreifen und noch nicht gemerkt, daß das Leben und die Entwicklung bereits über eine solchen Widerstand hinweggeschritten sind. Ist es nicht auch für die gewerkschaftliche Bewegung verhängnisvoll gewesen, daß besonders in Preußen Kollekter, die als Gewerkschaftsvertreter angesehen wurden, staatspolitisch völlig scheiterten und dennoch bei den letzten Wahlen an erster Stelle standen? Früher mußten oftmals Regierungen — auch deutschnationale — Exponenten der Gewerkschaften in hohe Ämter berufen. Wäre es diesmal nicht richtiger gewesen, wenn die Gewerkschaften sich mit Gewalt dagegen gestemmt hätten, daß die Politiker aus den gewerkschaftlichen Kreisen, die in ihren Ämtern versagt hatten, wieder für die Parlamente kandidierten? Der D.D. hat seinerzeit in weiser Voraussicht den Mut gehabt, dies zu tun. Hätten einmal die christlichen Gewerkschaften jetzt denselben Mut aufgebracht, dann wäre ihre Position in vieler Hinsicht leichter und einfacher.

Die Gewerkschaften aller drei Richtungen geben einer dunklen und ungewissen Zukunft entgegen. Was endgültig wird, läßt sich heute noch nicht mit Bestimmtheit voraussagen. Festzustellen ist nur, daß der Einfluß dieser Gewerkschaften auf die Staats- und Wirtschaftspolitik wesentlich geschwächt ist. Vornehmlich drei Gründe dürften es gewesen sein, die die Machtstellung der Gewerkschaften schufen. Zunächst einmal zweifellos die Anerkennung der Tatsache, daß die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer wirtschafts- und sozialpolitisch notwendig waren. Daneben gab es aber auch noch andere Stützen dieser Machtstellung, so vor allem der Parlamentarismus, die Privilegierung und die Uebertragung einer Reihe von öffentlichen Aufgaben. Der Parlamentarismus ist nicht mehr vorhanden. Schon deshalb konnte der Sturz der SPD. nicht ausbleiben. Gleichzeitig mußte sich die allzu enge Verbindung der Freien Gewerkschaften mit dieser Partei rächen. Man kennt die Bemühungen Leipzigs, sich von den Bindungen mit der SPD. zu lösen. Man weiß aber auch, daß Herr Wels eine solche Lösung nicht zugeb. Heute sieht man, daß Leipziger Recht hatte. Ob allerdings die Lösung so, wie sie sich Herr von Schleicher vorstellte, möglich war, soll hier nicht näher untersucht werden. Besser ist die Situation der christlich-nationalen Arbeitnehmer. Einmal hat diese ihre Vertreter in allen nicht-sozialistischen Parteien; es ist daher merkwürdig, daß gegen diese sehr oft derselbe Kampf geführt wird, wie gegen die Freien Gewerkschaften. Dabei übersieht man, daß die christlichen Gewerkschaften es waren, die zuerst den Kampf gegen den Marxismus aufgenommen haben. Sie waren es auch, die verhinderten, daß eine Linksmehrheit, die der Nationalversammlung drohte, sich durchsetzte und damit auch Forderungen, deren Erfüllung zum Ruin des deutschen Volkes hätte führen müssen. Damals traute sich das Bürgertum und viele Leute, die heute so heftige Worte gegen die Gewerkschaften schlechthin finden, nicht mehr aus dem Bau. Deshalb schlug sich damals alles auf die Seite der SPD. Da übernahm Stegerwald die Führung der Gegenbewegung: er schloß alle nichtsozialistischen Gewerkschaftsgruppen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammen in dem damaligen deutschdemokratischen Gewerkschaftsbund. Wer den Mut zur Wahrheit hat, der wird bekennen müssen, daß 1919 allem die christlichen Gewerkschaften den Mut aufbrachten, sich mit Macht der roten Flut entgegenzustellen. Aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung kam die größere Idee, über die Arbeiterbewegung hinaus eine noch größere christliche und soziale Front zu schaffen. In dem sogenannten Essener Programm im November 1920 forderte Stegerwald eine Sammlung der christlichen und sozialen Elemente aller Schichten, die stark auch von dem nationalen Gedanken getragen war. Dadurch wäre eine Konolidierung des Parteiwesens möglich gewesen, und dadurch wäre weiter möglich gewesen, eine ebenso große Partei, wie die SPD. es damals war, zu gründen. Die nichtsozialistische politische Tagespresse sollte durchweg Beifall. Aber der Beifall war nur „grundtätlich“. Von der praktischen Schlussfolgerung für das

Der Graf starrte tiefgebeugt vor sich nieder, ein müder Greis. Diejen letzten Schlag — wie ihn ertragen? War er denn taub gewesen? Blind?

Wie aus weiter Ferne schlug eine Stimme an sein Ohr, die ihn nach dem Aufenthaltsort seines Sohnes, des Grafen Harald, befragte.

Janka berührte sanft seine Hand. Da fuhr er auf, als erwache er aus dem Schlafe.

„Seit drei Wochen haben wir von unserem Sohne nichts gehört. Ein Brief kam als unbestellbar zurück.“

Der Gerichtsrat spitzte die Rippen, wußte nicht, was er weiter sagen sollte. Der Affessor, den eine Art Schuldbewußtsein drückte, kann über eine Möglichkeit nach, die Gräfin zu veröhnen, ohne seinem Stolz etwas zu vergeben. Er war ja sehr eifrig gewesen ... mußte er sein, unbestechlich, war die Frau noch so b. lörend ...

„Ach, wieviel grelle Schlaglichter warf ihre Schönheit, ihr seltener Reiz auf alle diese dunkeln Vorgänge, ohne daß sie es ahnte! Der Anonymus hatte noch mehr verraten: er hatte die Redensart des Vormundes für sein Mündel ans Tageslicht gezerrt — aber Herr von Lübbert verlegte nicht die Gebote der Mitterlichkeit, er übergibt diese unangenehme Stelle mit Stillschweigen. Korrekt sein, immer korrekt sein! Der Graf hatte ja der Beleidigung die Spitze abgebrochen, indem er offiziell seine Mißbilligung aussprach. Das mußte ihm genügen. Einer Dame durfte man die leicht begreifliche Erregung zugute halten ... einer schönen Frau noch viel eher. Uebrigens ... Respekt: Charakter hatte sie auch ...“

Er verbeugte sich außerordentlich tief am Schluß der Verhandlung, mit betonter Ehrerbietung. Gab der Gräfin und dem alten Herrn noch das Geleit bis zum Wagen, obwohl die pralle Mittagssonne auf seinem kurzgeschorenen Haupte brannte.

Über da fing er einen Blick durch den Schleier auf — solch einen blauglänzenden Blick — das sah ja aus wie Widerwillen!

(Fortsetzung folgt.)

eigene Parteierhalten, die natürlich eine Schwächung der eigenen Parteierlichkeit bedeutete hätte, verlaute jedoch sehr wenig. Welch tiefen Eindruck dieses hohe vaterländische Rollen der christlich-nationalen Arbeitnehmerkraft in gewichtigen Kreisen des deutschen Volkes machte, beweist ein Aufsatz des Philosophen Scheler im „Hochland“ 1921, der das Stegerwald'sche politische und wirtschaftliche Programm nach der geistig-kulturellen Seite hin unterbaute und so in das deutsche Geistesleben der nächsten Zeit überhaupt einbaute. Besonders trafen sich Stegerwald und Scheler in dem Verlangen, daß die beiden christlichen Konfessionen sich auf ihren eigenen Gebieten mit besonderem Eifer der religiösen Verinnerlichung ihrer Bekennern hingeben möchten, damit so eine soziale Doktrin wachsen könne, die aus dem tiefsten Quell der Religion schöpfe. Nur so hätte verhindert werden können, daß das konfessionelle Leben sich hauptsächlich in dem politischen Kampf aktiviert. Aber was wurde aus diesem Willen? Es waren eben doch nur wenige, die jene große Stunde des Neuaufbaues der Volksgemeinschaft erfassten. Hätte sich die Rechte von der Größe des Willens der christlich-nationalen Arbeitnehmerkraft mitreihen lassen, so wäre unsere politische Entwicklung nach dieser Essener Tagung bestimmt in Vielem anders geworden. Die Erörterung über die dort angeschnittene Frage kam aber immer mehr zur Ruhe. Als Stegerwald dann viele Jahre später in die Reichsregierung eintrat, galt es zunächst erst wieder bittere Kleinarbeit zu leisten.

Wenn sich die christlichen Gewerkschaften dieser Vorgänge erinnern, dann ist es für die organisierte christlich-nationale Arbeitnehmerkraft noch nicht zu spät. Gerade sie kann aus ihrer Geschichte und aus ihrem Gedankenreichtum viel beitragen zum Neuaufbau des Reiches, daß ihre Mitarbeiter früher oder später doch als unentbehrlich gefordert werden wird. Es muß nur aus der Vergangenheit die Lehre gezogen werden. Der gegenwärtige nationale Umsturz stellt neue Fragen und damit auch neue Aufgaben. Allerdings muß man sich darüber klar sein, daß diese Fragen nicht in Opposition oder Obstruktion mit der nationalen Bewegung, sondern nur in enger Verbundenheit mit ihr zu lösen sind. Es scheint, daß die kürzlich stattgefundene Essener Tagung des Gesamtverbandes der christlich-nationalen Gewerkschaften diesen Willen deutlich erkennen läßt. Ein glückliches Deutschland wollen wir alle! Ohne eine gesunde und betriebene Arbeitnehmerkraft kann aber Deutschland nicht leben. Eine solche zu schaffen, muß besonders Aufgabe der christlich-nationalen Organisationen sein. Deshalb muß auch der Staat der kommenden Zeit diesen die Möglichkeit zur Entfaltung geben. Nur dürfen die Gewerkschaften nicht den Fehler machen, alte Maßstäbe an die neue Ordnung zu legen. Es werden sich neue Formen finden müssen, in denen die Zukunftsbereitschaft vollzieht. Steht noch Lebenskraft und vaterländisches, sittliches und religiöses Begegnung in der christlich-nationalen Arbeitnehmerkraft, dann wird diese auch nicht durch eine neue Form geschwächt werden, im Gegenteil kann dann erst recht neues Leben erblühen.

### Keine Erschwerung der Ausreisebestimmungen

Berlin, 29. März. (Eigene Meldung.)

Im Verein mit den zahlreichen anderen Alarmmeldungen über die Vorfälle in Deutschland sind auch im Auslande Behauptungen im Umlauf, daß der Reichsverkehrsminister Maßnahmen beabsichtige, die zu einer Erschwerung der Ausreisebestimmungen führen sollten. Wie von zuständiger Stelle mit Nachdruck erklärt wird, sind derartige Maßnahmen nicht beabsichtigt.

### Komintern-Verfahren gegen Thälmann

Reval, 28. März.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist von der Kontrollkommission der Komintern ein besonderer Ausschuss unter dem Vorsitz Bela Kun eingesetzt worden, der die Arbeit Thälmanns als Führer der KPD. nachprüfen soll. Neben der Untersuchung der politischen Tätigkeit Thälmanns soll auch die finanzielle Lage der KPD. geprüft werden. Der Ausschuss ist mit großen Vollmachten ausgerüstet.

Der neue Führer der KPD., Feing Reumann, der sich angeblich in Spanien aufhält, ist angewiesen worden, nach Moskau zu kommen, um einen Bericht über die Lage in Deutschland zu erstatten.





# Aus der Landeshauptstadt



Nr. 88

Donnerstag, den 30. März

1933

## Die Kuriositätenjämmler

haben trotz vieler Ablenkungen und anderen Hindernissen nicht den wichtigen Termin verpaßt und sind darauf aus gewesen, sich rechtzeitig genügend Poststempel mit dem Datum vom 3. 3. 33 zu verschaffen. Dabei sind es nicht einmal immer Briefmarkensammler, die sich unglücklich fühlen, wenn sie eine solche Kurioja, das eine ganze Reihe gleicher Briefmarken aufzuweisen hat, nicht als Eigentum besitzen. Es gibt auch sonst eine große Anzahl komischer Käuze, die nur glücklich sind, wenn sie etwas Außergewöhnliches besitzen dürfen. Wer schlau war und die sich bietende Gelegenheit nicht verstreichen ließ, sorgte dafür, daß recht viele Briefumschläge mit dem Poststempel 3. 3. 33 in seinen Besitz kamen, denn etliche Kuriositätenjämmler haben doch den Termin verpaßt und sind nun dankbar, wenn sie — vielleicht durch Tausch oder Kauf — das Veräumte nachholen können. Die Möglichkeit, sich wieder derartige Zahlen-Kurioja zu verschaffen, bietet sich erst wieder in elf Jahren, am 4. 4. 44. Also eine ganz hübsche Parole, in der man leicht wieder vergessen kann, was man sich vorgenommen hatte.

Die Jugend hat natürlich schon längst gewittert, daß es auf diesem Gebiet etwas zu verdienen gibt und daß man gütigenfalls gute Geschäfte machen kann. Mit Feuerzettel werden die Briefumschläge mit dem Stempel vom 3. 3. 33 gesammelt, und bei einiger Ausdauer kommen aus diesem oder jenem Papierford immer noch solche achtlos weggeworfenen Postkarten zum Vorschein. Das durch das Einsehen der Jugend für diese Kurioja bedingte starke Angebot hält augenblicklich die Preise noch etwas niedrig. Wer aber die Ausdauer der Jugend und die Sammelwut der Käuze kennt, wird den Termin ausrechnen können, an dem mit diesen Dingen wirklich ein Geschäft zu machen ist. Briefumschläge mit Stempeln vom 1. 11. 11 und 2. 2. 22 sind doch auch selten geworden, warum sollten die Stempel vom 3. 3. 33 nicht auch entsprechenden Sammlerwert bekommen?

## Dienststellenausschwahl an der Karlsruher Straßenbahn

Die am Dienstag, den 28. März, stattgefundene Dienststellenausschwahl der Karlsruher Straßenbahner hatte folgendes Ergebnis:

Jahr	Bahlsbe-rechtigte	Christl. Verb.	freier Verb.	Beamten-verein	Kommun-nisten	NS.
1931	532	94	175	106	115	—
Seite	2	4	8	8	—	—
1932	496	97	118	45	—	188
Seite	8	8	1	—	—	5

## Gegen das Doppelverdienstern

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der Herr Reichsminister des Innern hat mit Rücksicht auf die Notlage des Arbeitsmarktes angeordnet, daß bei Gesuchen von Reichsbeamten, ihnen eine Nebenbeschäftigung zu gestatten, der strengste Maßstab anzulegen und die Genehmigung von sachlich besonders begründeten Ausnahmen abgesehen, in der Regel zu verweigern sei. Seinem Ersuchen entsprechend, wurden auch die für die Beamten des Landes, der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts in dieser Richtung schon bestehenden Anordnungen zur genaueren Beachtung erneut in Erinnerung gebracht. Bereits erteilte Genehmigungen, die angesichts der Verschärfung der Verhältnisse nicht aufrecht erhalten werden können, sind zu widerrufen.

## Es wird gewarnt!

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Ein gewisser B. B. in Kiel versendet an Direktoren höherer Lehranstalten Schreiben, in denen er bittet, den an Ostern zur Entlassung kommenden Abiturienten den Plan einer für Abiturienten bestimmten einjährigen Weltreise bekannt zu geben und ihm die Adressen interessierter Schüler mitzuteilen. Das erste Ziel der Reise sei die Weltausstellung in Chicago. Während der Fahrt sei theoretische Fortbildung — besonders in Fremdsprachen — und körperliche Ausbildung vorgesehen. Auch sei bei der Reichsregierung ein Antrag gestellt, daß während dieser Reise das freiwillige Werthaltjahr der Abiturienten abgeleitet werden könne. Nach den hierher gelangten Mitteilungen ist B. B. nicht in der Lage, die Weltreise in der geplanten Weise durchzuführen. Das zur Reise vorgesehene Schiff ist veraltet und liegt seit 5 Jahren im Hafen von Kalmö. Es mühte zuerst in-hand gesetzt werden. Das Badische Landespolizeiamt warnt vor Teilnahme an der Reise.

## Folgen eines Familienzwistes

Eine in den 40er Jahren stehende Ehefrau in Durlach verjagte nach vorausgegangenen Zwistigkeiten familiärer Natur sich auf dem Speicher ihres Wohnhauses zu erhängen, was jedoch durch das rechtzeitige Hinzukommen von Hausbewohnern nicht zur Ausführung kam. Da die Frau hernach in Tobzustand anfälle befiel, mußte sie mittels Krankenautos ins städtische Krankenhaus Durlach verbracht werden.

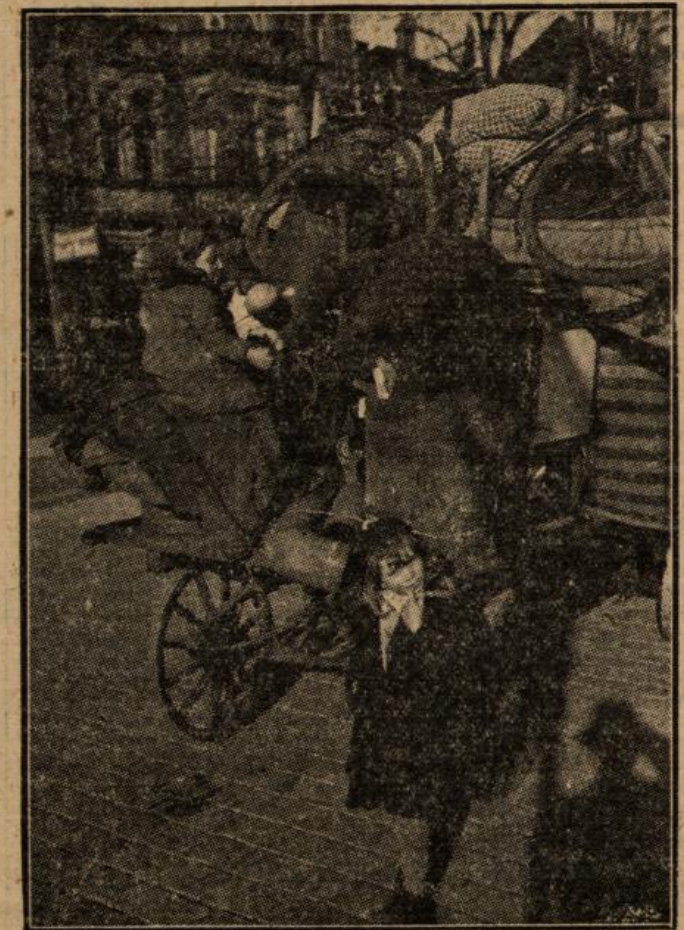
# 40jähriges Dienstjubiläum. Am Montag konnte Herr Obergärtner Ludwig Kleinerz beim städtischen Gartenamt auf seine vierzigjährige Tätigkeit im Stadt- und Tiergarten zurückblicken. Aus diesem Anlaß versammelten sich die Kollegen des Gartenamts im Sitzung mit Blumen geschmückten Diensträumen des Jubilars, um ihm eine Ehrung zu erweisen. Herr Gartenamtsdirektor Scherer würdigte die langjährigen Verdienste des Herrn Kleinerz in einer Ansprache und überreichte ein Glückwunschschreiben des Herrn Oberbürgermeisters. Desgleichen überreichten die Beamten des Amtes dem Kollegen ein schönes Bild mit Widmung, das ihn stets an die Stätte seines Wirkens und an die Zusammenarbeit mit den Kollegen erinnern möge.

© Bismarckfeier in den badischen Schulen. Der Staatskommissar für die Unterrichtsverwaltung hat angeordnet, daß anlässlich der Wiederkehr des Geburtstags des Reichsgründers Bismarck in den Schulen am 1. April 1933, vormittags 11 Uhr, in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung der Persönlichkeit Bismarcks und seiner Reichsgründung hinzuweisen ist.

## Der Umzug beehret sich vorzustellen . . .

Karlsruhe im Zeichen des Quartalswechsels

X Möbelwagen im Stadtbild: Jedes Vierteljahr packt mit besonderer Behemung eine unausgesprochene Sehnsucht nach Veränderung die freundnachbarlichen Menschen unserer Stadt, ein unbestimmter Drang, das, was ist, sein zu lassen und etwas Neues, Besseres, das da werden soll,



Am meisten Freude am Umzug haben die Kinder.

zu beginnen. Die Welt ist bekanntlich schlecht und das Leben mies, aber mit der neuen Wohnung, so hoffen sie, wird sich alles, alles wenden . . . Und so bedürft immer um diese Zeit der hochgetürmte Möbelwagen, dieses unsterbliche Requisite abascherischer Mieter, das Karlsruher Stadtbild. Meistens ist er heute mit PS ausgerüstet, da die Pferde den Weg allen Fleisches gegangen sind. Die Speditoren lachen sich jetzt ins Häutchen, und die Transportarbeiter spucken in sie hinein. Alle um-

zugsbedürftige Welt lebt zwischen Kisten und Koffer, zwischen zusammengerollten Teppichen und nackten Matten, zwischen Telefonbestellungen und Postmachende-Anträgen. Die Herren Möbelpacker, Hünen, die ein Klavier in die Franken nehmen wie unsereins eine Kiste Zigarren, und die Rentner so virtuos bewegen wie eine Münchner Kellerin die Bierseidel, ziehen die Röcke aus, packen ihre Gurte und Seile und arrangieren uns mit ihrer Kraft, die zwar keine Berge berücken, wohl aber Hausrat von der Stelle bringen kann, in wenigen Stunden den wohlthuenden Anblick nackter Wände, leerer Räume. Aber wenn dann die Schritte und die Stimmen so seltsam laut in den fahlen Zimmern schallen, dann schleicht sich doch denen, die es angeht, eine leise Wehmut ins Herz. Namentlich der Anblick des eigenen Mobiliars, das vor dem Möbelwagen und sonstigen Transportfuhrwerken auf dem Trottoir verweilt, ehe es verfrachtet wird, gehört zu den stärksten Prüfungen der menschlichen Empfindsamkeit. Es gibt kaum etwas Tristeres als Möbel auf der Straße, dem hellen Licht des Tages ausgelegt. So gemühtlich sie sich in der Wohnung ausnahmen, — im Freien, öffentlichen Raum der Straße machen sie unbarbarisch den Eindruck abgenutzten Gerümpels; privat und beschämt stehen sie auf dem Asphalt.

Wie überall, so machen auch beim Wohnungsuzug den hauptamtlich angestellten Möbeltransportunternehmen die Amateure heftige Konkurrenz. Aber was soll denn auch der Arbeitslose machen mit seiner bisweilen schon jahrelang brachliegenden Kraft, seiner immensen Zeit und dem leeren Portemonnaie! Selbst ist der Mann! Und so sieht man denn auch häufig neben den großprobig auffahrenden Möbelwagen die sich behelben heranziehenden Handwagen und sonstigen kleinen Transportwagen, auf denen die bunte Fülle des wahllos aufmontierten Hausrats ein knalliges, aber fröhliches Stilleben feiert. Es braucht ja auch garnicht ästhetisch schon gepackt zu sein, wenn es nur zweckmäßig ist. Das Illusionsystem der Gefühlswelt dieser armen, arbeitslosen Menschen ist durch die rauhe Wirklichkeit ja doch schon längst pleite gegangen!

Aber allgemein gesprochen: Gott sei Dank, daß man noch umziehen kann! Denn man ist frei, es gehört einem, wenn nicht die ganze Welt, so doch die ganze Stadt. Was soll man da gezwungen sein, jahrelang zwischen den gleichen Wänden die gleichen Schritte zu machen, das gleiche Gegenüber zu haben, die gleichen Nachbarn und die gleiche Aussicht vom Küchenfenster! Alles Neuzere hat innere Konsequenzen. Wird die Wohnung geräumt, wird auch ausgeräumt mit der Gewöhnung. Neue Räume, neue Schritte, neue Zimmerkombinationen, neue Ausblicke aus den Fenstern wirken erfrischend und belebend auf das geistige Allgemeinbefinden. Und die, denen ihre Wohnung so gut gefällt, daß sie nicht ausziehen möchten, sollten wenigstens dann und wann die Möbel umstellen, auf daß auch sie elastisch bleiben und nicht einrostet in gemütlicher, jahrzehntelanger Gewöhnung . . .

## Ausschluß der jüdischen Verzte und Zahnärzte von der Rassenpraxis

Der Kommissar für das Heilwesen Dr. Schük, Mannheim, hat eine Anordnung herausgegeben, die besagt, daß „zur Wahrung der internationalen jüdischen Propaganda familiäre jüdische Verzte von jeder Rassen- und Rassenpraxis mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen sind“. Die jüdischen Verzte werden in Krankenhäusern nur mehr zu jüdischen Patienten zugelassen. Daselbst gilt fimgemäß auch für die zahnärztliche Praxis.

## Vorsicht, Betrüger!

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß unbekannt junge Burtschen in verschleierten Häusern der Stadt erscheinen und dort Brot abgeben mit dem Bemerkens, das Brot sei für eine im Hause wohnende Familie, und gleichzeitig um Bezahlung ersuchen. Es stellt sich dann heraus, daß eine Bestellung von seiten der Hausbewohner nicht vorliegt.

# Dienstjubiläum. Werkmeister Adolf Dietzche in den Berlin-Karlsruher-Industriewerken konnte sein 40jähriges Dienstjubiläum feiern.

# Verkehrsunfälle. Im Stadtgebiet ereigneten sich im Laufe des Diensttages mehrere Verkehrsunfälle zwischen Personen- und Kraftwagen, in einem Falle zwischen einer Radfahrerin und einer Zugmaschine, wobei die Radfahrerin vom Fahrrad geschleudert wurde, einen Oberarmbruch davontrug und in das fädt. Krankenhaus eingewiesen werden mußte. Der Sachschaden betrug in mehreren Fällen bis zu 100 RM.

X In Schutzhaft genommen. In der Nacht vom 28./29. März 33, gegen 0.50 Uhr, wurde ein hiesiger Regierungsrat, der sich in einem heftigen Lokal in verächtlichen Redensarten gegen die nationale Erhebung ausließ, festgenommen und in Schutzhaft verbracht.

# Schwarzhörner. Zur Anzeige gelangte ein Schwarzhörner, der ohne Genehmigung der Deutschen Reichspost hier eine Funkanlage errichtet und betrieben hat.

o Ausgehobene Versammlung. In Durmersheim wurde im Laufe des gestrigen Abends eine verbotene Versammlung linksgerichteter Kreise ausgehoben.

## Karlsruher Schöffengericht

Das Schöffengericht verurteilte den 26 Jahre alten Kaufmann Otto Siegfried Weismar aus Bruchsal wegen Verjuch der schweren Erpressung anstelle einer bewirkten Buchhausstrafe von 6 Monaten zu einer Gefängnisstrafe von 7 Monaten 15 Tagen unter Anrechnung von 6 Wochen Untersuchungshaft. Wegen Nichtverdachts wurde der Haftbefehl aufrecht erhalten.

Weismar hatte anfangs Februar an einem Glaubensgenossen, den Kaufmann Ernst M. in Bruchsal, einen anonymen Brief geschickt, in welchem er diesen aufforderte, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt 800 Mark bei der Post zu hinterlegen, andernfalls er erschaffen würde. Er hatte diesen Erpresserbrief mit den Worten „Ein Nationalsozialist“ unterzeichnet. Als er den Brief einige Tage später abholte, wurde er von der von dem Postbeamten verhängten Kriminalpolizei verhaftet. Der Staatsanwalt kennzeichnete die Tat des Angeklagten als eine Gemeinheit, zumal Weismar mit dem Kaufmann M. befreundet war.

† Todesfall. Der seit 1930 beim Reichsfinanzhof München tätige, frühere Finanzgerichtspräsident beim Landesfinanzamt Karlsruhe ist unerwartet einem Herzschlag erlegen. Er war in Pfullendorf i. B. geboren.

o Verbot ausländischer Zeitungen. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der Reichsminister des Innern in Berlin hat mit Erlass vom 18. März 1933 gemäß § 18 in Verbindung mit § 9 Absatz 1 Nr. 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 die Verbreitung der in Prag erscheinenden Zeitschrift „Die Wahrheit“ und der in Wien erscheinenden „Wiener Allgemeinen Zeitung“ im Inlande bis zum 15. bzw. 14. September 1933 einschließlich verboten.

# Hypothekenzins. Auf die Befamtmachung der Stadt. Sparkasse im Angelegenheit dieser Zeitung wegen der rechtzeitigen Zahlung der auf 1. April 1933 fälligen Hypothekenzinsen wird besonders hingewiesen.

o Kanzleiobersekretär Weber beim hiesigen Amtsgericht bittet um Aufnahme der Feststellung, daß er mit dem wegen Ministerbeleidigung seines Dienstes entbundenen Justizsekretärs Weber nicht identisch ist.

## Das Bekenntnis zum deutschen

Fachgeschäft hat die Hoffnung in uns allen wachgerufen, daß es nun Schluss sein wird mit der Anfertigung und dem Verkauf minderwertiger Massenware, die nur schön ins Auge ist, sich aber im Tragen nicht lohnt. Die deutsche Familie kommt wieder vorwärts mit guter Ware vom bekanntsoliden Fachgeschäft



Karlsruhe, Kaiserstr. 115  
Mühlburg, Philippstr. 1







# HANDEL·WIRTSCHAFT·VERKEHR

## Das flotte Börsengeschäft

In ihrem neuesten Wochenbericht nimmt die Commerz- und Privatbank zu der Börsen-Belebung in der letzten Zeit Stellung; insbesondere hebt das Institut in seinen Ausführungen hervor, daß der Umfang des Geschäfts in der Berichtswochen größer als je seit dem Jahre 1927 gewesen ist und daß selbst die technische Abwicklung manchmal Schwierigkeiten zu bereiten drohte. Weiter bemerkt die Commerzbank, daß es keines Hinweises bedarf, daß diese psychologische Sinnesänderung der für das Börsengeschäft in Betracht kommenden Bankkundschaft von außerordentlicher Bedeutung für die allgemeine Entwicklung des Wirtschaftslebens werden kann, selbst wenn sich die Besserung der Konjunktur noch in den Anfängen befindet.

Hinsichtlich der in der letzten Woche eingetretenen Renten-Hausse führt das Institut u. a. aus: In den vorangegangenen Wochen hatte die Börse in etwas einseitiger Weise die Aktienmärkte bevorzugt weil sie unter dem Eindruck der Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung stand, und sie hatte dabei etwas die Untermauerung vernachlässigt, deren die Dividendenwerte durch eine gleichgerichtete Kursbewegung der Renten bedürften. Jetzt ist das Versäumnis in wenigen Tagen nachgeholt worden, eine Kursumwertung der „Festverzinslichen“ hat Platz gegriffen, die erst im weiteren Wochenverlauf durch eine bescheidene Reaktion abgelöst wurde. Die neu erwonnene Kursstärke wird sich erst konsolidieren und manche Uebertreibungen werden ausgeglichen werden müssen; die Aufwärtsbewegung ist indes verständlich, wenn man berücksichtigt, daß seit annähernd zwei Jahren so gut wie keine neuen Wertpapiere ausgegeben worden sind, das vorhandene Material knapp zu werden droht und sich gleichzeitig mit dem bevorstehenden Zinstermin bedeutende Zinsbeträge auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten befinden.

**Fristenänderungen für Reichszuschüsse.** Nach den Bestimmungen über die Reichszuschüsse für Instandsetzungs- und Umbauarbeiten mußten die Arbeiten vor dem 1. April 1933 begonnen und spätestens am 1. Juli 1933 vollendet sein. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr diese Fristen dahin geändert, daß die Arbeiten vor dem 1. Juni 1933 begonnen und spätestens am 1. September 1933 vollendet sein müssen. Auch weiterhin sind jedoch in erster Linie Anträge zu berücksichtigen, bei denen sofort oder innerhalb kürzester Zeit mit den Arbeiten begonnen wird.

**Steuergutscheine und Saisongewerbe.** Im Reichsanzeiger ist eine Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers veröffentlicht, daß auf Grund des § 28 Abs. 3 der Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheinverordnung vom 26. September 1932 die Bestimmungen über Saison- und Kampagne-Gewerbe vom 31. Oktober 1932 ausgedehnt werden auf folgende Gewerbegebiete: Herstellung photographischer Apparate und Bedarfsartikel, Molkerei, Butter- und Käseherstellung (einschl. Käseherstellung), Zichoriendarren, Reis- und Samtindustrie, Zellstoffindustrie, Herstellung von Bindergarn für Landwirtschaft, Winterkraftwerke in der Elektrizitätswirtschaft, Kartoffeltrocknerien. Die Bestimmung tritt mit Rückwirkung vom 1. Januar 1933 in Kraft.

## Tagung der konzernfreien Eisenwirtschaft

In einer von allen Zweigen der Eisenverarbeiter und der freien Eisenhändler Süddeutschlands besuchten Tagung skizzierte Dr. Zutt-Mannheim kurz den Zweck der Versammlung dahin, den Aufgabenkreis und die Arbeitsweise der in Essen bereits bestehenden Interessengemeinschaft der konzernfreien Eisenwirtschaft Deutschlands auch auf Süddeutschland auszuweiten. Der geschäftsführende Vorstand der Interessengemeinschaft Dr. Ostermann sprach über die Ziele der Bewegung und führte dabei aus seiner Praxis verschiedene Beispiele über die schädliche Wirkung der Konzernpolitik. In dieser Diskussion kam zum Ausdruck, in wie hohem Maße auch die süddeutschen Interessentenkreise mit den Zielen der vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet ausgehenden Bewegung sympathisieren würden. Insbesondere wurden die Wiederangleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise und die Unterbindung der Preisunterbietungen der Konzerne angeklammert. Der geschäftsführende Vorstand der Interessengemeinschaft RA. Dr. Zutt referierte sodann über den organisatorischen Ausbau, wie er für Süddeutschland vorgesehen ist. Die weitere Bearbeitung der organisatorischen Fragen wird von einer süddeutschen Geschäftsstelle der Interessengemeinschaft bearbeitet werden, die ihren Sitz in Mannheim haben und deren Leitung in den Händen von RA. Dr. Zutt-Mannheim liegen wird.

**Verlustabschluss der Joseph Vögele AG., Mannheim.** Die Gesellschaft erzielte einen Rohgewinn von 2.163.266 (2.026.862) RM., der sich um 242.608 RM. außerordentliche Erträge und 20.969 RM. Gewinnvortrag erhöht; für Löhne und Gehälter wurden 1.252.294 RM., für gesetzliche soziale Abgaben 88.409 RM., für sonstige soziale Abgaben 115.914 RM., für Abschreibungen auf Anlagen 300.290 RM., für sonstige Abschreibungen 35.135 RM., für Zinsen 878.470 RM., für Besitzsteuern 204.518 RM. und für sonstige Aufwendungen 1.116.006 RM. in Anspruch genommen (i. V. Handlungskosten 1.830.507 RM. und Abschreibungen 301.434 RM.), so daß sich ein Verlust von 1.063.778 RM. (i. V. 29.969 RM. Gewinn) ergibt. Durch Herabsetzung des Reservefonds um 426.000 RM., durch Einziehung eigener Aktien im Betrag von 26.700 RM. und durch kostenlose Ueberlassung eigener Aktien im Betrag von 666.600 RM. ergibt sich ein Sondergewinn, der mit 806.000 RM. zu Abschreibungen auf Beteiligungen und Außenstände und mit dem Rest zur Verminderung des Verlustes auf 241.478 RM. verwandt wird.

Laut Bericht wurde das Unternehmen von der allgemeinen Krise in voller Schärfe erfaßt. Während sonst immer die Vielseitigkeit der Produktion einen gewissen Ausgleich gegeben hat, waren diesmal sämtliche Abteilungen mit Ausnahme der Abteilung „Weichzucker“ hart betroffen. Die Beschaffungen von Eisenbahnbedarf im Inland wie auch im Ausland wurden fast gänzlich eingestellt. Die schwere Geldnot der öffentlichen Hand wirkte sich auf die Industrie der Steine, auf welche die Abteilung „Hartzucker“ angewiesen ist, in scharfer Weise aus. Die chemische Industrie, auch schlecht beschäftigt, hielt mit ihren Käufen fast gänzlich zurück. Wo Aufträge zu erzielen waren, geschah dies auf einer Preisbasis, die mit einem gesunden Marktpreis nichts mehr zu tun hat, sich vielmehr aus dem verzweifelten Kampf um jeden einzelnen Auftrag und der restlosen Ausnutzung dieser Situation durch die Käufer ergab. Nachdem die vom letzten Jahre herübergenommenen Aufträge, die für die ersten drei Monate noch eine leidliche Beschäftigung ergaben, erledigt waren mußte der Betrieb aus Mangel an Beschäftigung eingeschränkt werden.

## Börse

Berlin, 29. März. Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Monatsende erfolgten heute zu Beginn des offiziellen Verkehrs an verschiedenen Märkten noch Prämienverkäufe. Auf der anderen Seite war die Unternehmungslust aus dem gleichen Grunde nur recht klein. So kam es, daß die Anfangsnoteierungen recht häufig 1-3 Prozent, in einigen Fällen bis

## Die Aussichten der neuen Ernte

Reflexe der Eosin-Weizenaktion in Deutschland — Grossbritannien als Käufer im Hafermarkt — Widerstand gegen das Farm-Hilfsgesetz in den U. S. A.

Drei bis vier Monate trennen die Welt noch von der neuen Ernte. Nichts ist daher verständlicher, als schon jetzt Betrachtungen über ihren mutmaßlichen Ausfall anzustellen. Hierzu liegt um so mehr Veranlassung vor, als die Selbstversorgung der Völker seit einigen Jahren zum Prinzip erhoben wurde, das sich teils aus nationalen Gründen, teils aber auch aus rein wirtschaftlichen (Devisen-Kontingentierung) herleitet. Es ist aber auch kaum ein Moment besser dazu geeignet, Ernteberechnungen anzustellen, als der jetzige; denn die Schneedecke ist mit Ausnahme des Ostens überall von den Saaten geschwunden, und man kann deshalb mit einiger Genauigkeit Taxen über das mutmaßliche Ergebnis anstellen. Allerdings beziehen sich diese lediglich auf das Pflanzenwachstum, nicht aber auf die zu erwartenden Mengen.

Was zunächst die Verhältnisse in Deutschland anlangt, so hat man allen Grund, mit den bisherigen Aussichten zufrieden zu sein. Auswinterungen, die ohnehin zu einer Seltenheit bei den einheimischen Kulturen gehören, sind in diesem Jahre so gut wie gar nicht aufgetreten; die Aussaat des Sommergetreides befindet sich in vollem Gange, und der starke Abbruch an künstlichen Düngemitteln läßt erkennen, daß der deutsche Bauer trotz seiner bedrängten Lage in der Intensität der Bewirtschaftung nicht nachgibt. Die letzthin bekanntgewordenen Anbauziffern beweisen ferner, daß der für den Getreideanbau verfügbare Boden in vollem Umfange zur Ausnutzung gelangt.

Wesentlich anders liegen die Verhältnisse in der nordamerikanischen Union. Dort lauten die Ernteziffern für den Winterweizen sehr viel niedriger als in 1932, und es wird alles davon abhängen, welchen Ertrag der Sommerweizen liefert. Bereits heute melden sich Stimmen zu Worte, die daran zweifeln, daß die Union diesmal soviel Brotdrücker einbringen werde, wie sie selbst gebraucht. Sollte dies der Fall sein, dann ständen dem Lande größere Ueberschüsse aus früheren Jahren zur Verfügung, auch könnte es sich in dem benachbarten Kanada oder in den südamerikanischen Staaten eindecken; eine solche Situation würde ohne Frage international tiefgehende Verschiebungen herbeiführen und überall einen Auftrieb erzeugen. Ueber die Getreidelage in der Sowjet-Union herrscht nach wie vor ziemliche Unklarheit; sicher scheint nur eins zu sein: Die Russen kommen als Exporteure größeren Ausmaßes für das Frühjahr 1933 nicht mehr in Frage.

Hinsichtlich des Geschäftes an den Getreidebörsen ist folgendes zu berichten: Da die deutsche Landwirtschaft sich mitten in der Frühjahrbestellung befindet und wenig Zeit besitzt, Getreide zu dreschen und ablieferungsfähig heranzubringen, der Handel mit den Andienungen für den März noch beschäftigt ist und der Mehlabatz nach wie vor zu wünschen übrig läßt, fällt die Eosin-Weizen-Aktion die entstandenen Lücken aus. In den Weizenmarkt ist entschieden etwas Bewegung gekommen,

von der nicht nur das hochwertige Material, sondern auch die geringeren Weizenqualitäten profitieren konnten. Die Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft, die bisher stets in größerem Umfange intervenierte, konnte sich letzthin bei der Kursfestsetzung im allgemeinen auf den Spitzenausgleich beschränken, ja am 27. März nahm sie überhaupt keine Stützungskäufe vor und trotzdem konnte der Weizen seine feste Tendenz behaupten. Beim Roggen ist die Nachfrage der Mühlen etwas reichlicher. Zwecks Auffüllung von Kahnladungen wurden seitens des Handels Anschaffungen vorgenommen, die dem ganzen Markt ein stabileres Aussehen geben. Der Juli-Termin liegt sogar ausgesprochen fest, was darauf schließen läßt, daß man der Entwicklung der Getreidepreise für spätere Sichten vertrauensvoll entgegen sieht.

Ueber die Futtermittel ist zu berichten, daß beim Hafer die Kaufstätigkeit sporadisch auflebt, obwohl der deutsche Hafer in scharfem Wettbewerb mit tschechischen und anderen Herkünften steht. Erst den Beziehern rangiert an erster Stelle England, das freilich nur für allerfeinste Qualitäten Interesse bekundet. Diese finden weniger bei der Tierfütterung, als vielmehr bei der Verarbeitung auf Haferflocken und anderen Nährpräparaten Verwendung. Ueber die bei Abschüssen mit England erzielten Preise hörte man von Geboten bis zu 14 Schilling für den Quarter frei London, was einem Preise von rund 70 RM. pro Tonne und bei Berücksichtigung des Ausfuhrschines einem solchen von 150 RM. entspricht. Darin sind allerdings sämtliche Unkosten enthalten. Völlig verdetet liegt das Geschäft in Gerste. Bei dem Abschluß Deutschlands gegen ausländische Importe verwenden die Viehzüchter dieses Futtermittel zumeist im eigenen Betriebe, so daß es dem Markte fern bleibt. Die Einkaufssaison der Brauer ist diesmal ziemlich früh zu Ende gegangen, so daß es auch von der Seite her an Kaufneigung fehlt.

Am Weltmarkt hat sich das Uebergewicht des billigen La Plata-Weizens gegenüber dem teureren kanadischen (Manitoba) noch wesentlich erhöht. Soweit Europa noch einen Zuschußbedarf besitzt — und im letzten Quartal des Erntejahres besteht immer ein solcher — wird er vorwiegend aus Südamerika gedeckt. Die Preisentwicklung der wichtigsten Getreidearten des In- und Auslandes geht aus nachstehender Tabelle hervor:

	8. Jan. 33	5. März	18. März	jetzt
Weizen Chicago Cts. je bsh.	48.50	48.87*	54.—	52.87
Weizen Berlin RM. je to.	187.—	196.—	199.—	198.—
Roggen Chicago Cts. je bsh.	80.12	85.—*	87.—	88.70
Roggen Berlin RM. je to.	155.—	155.—	156.—	156.—
Mais Chicago Cts. je bsh.	22.60	24.87*	26.76	29.—
Hafer Berlin RM. je to.	116.—	126.50	127.50	126.50

\* Letzter amtlicher Kurs vom 8. 3. 1933.  
§ Preise im freien Verkehr Chicagos.

zu 4% Prozent unter dem gestrigen Schluß lagen. Stärker angeboten waren insbesondere AEG, bei denen das Zustandekommen des BEW-Paketverkaufes als unwahrscheinlich und ein Kapitälchnitt als kaum noch vermeidlich bezeichnet werden. Ein Angebot von etwa 300 Millionen fand nur zu einem Kurs von 80% Prozent nach 83% Prozent gestern Unterkuft. Andererseits waren aber einige andere Werte bereits anfangs bis zu 2 Prozent fest.

Im Verlaufe zeigte es sich, daß die Glattstellungen beendet waren und sofort trat auf dem ermäßigten Niveau wieder Nachfrage hervor. Pressemeldungen über neue Auslandsaufträge sowie das festere Newyork regten an. Unter Führung von Siemens, die 4% Prozent anboten, Schubert & Salzer, die sich um 8% Prozent besserten und BMW, die weitere 2 Prozent gewannen, wurde es allgemein fester. Die Besserungen gegen den Anfang gingen im Durchschnitt bis zu einem Prozent, verschiedentlich bis zu 2% Prozent.

Deutsche Anleihen eröffneten schwächer, Altbesitz verloren 1,45 Prozent, Neubesitz 65 Pfg. Im Verlaufe wurde auch an diesem Markte die Hälfte der Verluste wieder hereingeholt. Reichsschuld-buchforderungen zogen nach 1% Prozent schwächerer Eröffnung um 1 Prozent an. Am Rentenmarkt dürften die Kassakurse ebenfalls nicht so niedrig werden, wie man dies zunächst angenommen hatte. Ausländer lagen ruhig, 5prozentige Mexikaner und 8prozentige Rumänen, sowie 4prozentige Türken verloren je zirka 0 Pfg.

Der Geldmarkt lag weiter steif. Der Satz für Tagesgeld zog auf 4% Prozent an, vereinzelt wurden noch 4% Prozent bezahlt. Privatskonten waren weiter angeboten. Die Umsatz-tätigkeit in Reichswchseln und Reichsschatzanweisungen zu dem alten Termin war weiterhin klein.

## Warenmärkte

**Berliner Metallbörse vom 29. März.** Elektrolytkupfer 47, Raffinadekupfer 42,50—43,50, Standardkupfer 38,25 bis 39, Standardblei per März 14—16, Original-Hütten-Aluminium in Blöcken 160, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 164, Banka-, Straits-, Australzinn in Verkäuferswahl 223, Reinnickel 850, Antimon-Regulus 89—91, Silber in Barren ca. 1000 fein per kg 87 bis 40,50.

**Berliner Produktenbörse vom 29. März.** Weizen, märk. 195—197, Sommerweizen, märk. 207,50—207,50, Mai 209,50—209, Juli 218, Roggen, märk. 155—157, März 165,50 bis 166, Mai 167,50—167,50, Juli 167,50, Braugerste 172—180, Futter- und Industrieergerste 168—171, Hafer, märk. 128—126, Mai 133—138, Weizenmehl 23—26,90, Roggenmehl 20,50—22,60, Weizenkleie 8,40—8,90, Roggenkleie 8,75—9, Viktoriaerbsen 20,50 bis 23,50, kleine Speiserbsen 19—21, Futtererbsen 18—15, Peluschken 13—14, Ackerbohnen 12,50—14,50, Wicken 14—15, Lupinen, blaue 9,25—10,50, gelbe 12,50—13,75, Seradella, neue 17—21, Leinkuchen 10,60, Erdnußkuchen ab Hamburg 10,50, Erdnußkuchenmehl ab Hamburg 10,20, Trockenschrot 8,60, extrahiertes Sojabohnenschrot ab Hamburg 9,10, dto. ab Stettin 10,10, Kartoffelflocken 14,40—14,80. Tendenz schwächer.

**Vom Brennholzmarkt.** Für Brennholz wurden bei größeren Abschüssen in der letzten Zeit durch die Verkäufe der badischen Staatsforstverwaltung u. a. folgende Preise erzielt und zwar für je Scheiterklasse I—II und Prägelsklasse I—II (beide abgekürzt Sch und Pr): Lahr: Bu Sch I RM. 9, 8,70, Sch II RM. 8,50. — Pforzheim: Bu Sch I RM. 10, Sch II RM. 8,70, Pr I RM. 8,50. — Wiesloch: Bu Sch I RM. 11,90. — Bruchsal: Bu Sch I RM. 11,10, Sch II RM. 11,40; Fo Sch I RM. 8,40, Sch II RM. 8,50. — Durlach: Bu Sch I RM. 10,80 bis 12,50, Sch II RM. 10,60—11,20, Pr I RM. 7,90—9,10, Pr II RM. 7,10—8; Ei Sch II RM. 6,40—7,70, Pr I RM. 4,10—5,20; Fo Sch I RM. 6,30, Sch II RM. 4,50—5,80, Pr I RM. 8,70, Pr II RM. 8,50.

**Karlsruher Produktenbörse vom 29. März.** Ab- teilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Der Markt ist weiter lustlos bei eng begrenztem Geschäft. Inlandweizen, je nach Qualität 21,75—22, Inlandroggen, je nach Qualität 17,50—17,75, Sommergerste, je nach Qualität und Herkunft 18,25—20. Ausstichware über Notiz. Futter- und Sortiergerste, je nach Qualität 16,50—17,75, deutscher Hafer, gelb oder weiß, je nach Qualität 15,25—16,75, Weizenmehl, Basis Spezial 0, mit Austauschweizen, März-Juni 30,75—31,25, Weizenmehl, Basis Spezial 0, Inlandsmahlung, März-Juni 30,25—30,75. (Bel- des Forderungen der Südd. Mühlenvereinigung Mannheim mit den entsprechenden Spannungen für 00 = + 3 RM., für Brotmehl = — 8 RM.) Roggenmehl, Basis zirka 66prozentig, je nach Fabrikat 23,75—24,25, Weizenbrotmehl (Futtermehl), je nach Fabrikat 9,75—10, Weizenkleie, fein 7,50—7,75, dto. grob 8,25 bis 8,50, Biertreber, je nach Qualität 12,25, Trockenschrot, lose, je nach Fabrikat 7,75—8, Malzkeime, je nach Qualität und Herkunft 11—11,50, Erdnußkuchen, lose, je nach Fabrikat 11,25 bis 11,50, Palmkuchen, je nach Fabrikat 8,75—9, Sojaschrot, südd. Fabrikat 10,25, Leinkuchenmehl, je nach Fabrikat 11,50—11,75, Speisekartoffeln, gelbfleischig (Industrie, Ackersegen, Erdgold) 4, Futter- und Wirtschaftskartoffeln, weißfleischig, rötlich 3 bis 3,40. — Rauhfuttermittel. Loses Wiesenheu, gut, gesund, trocken 4,75—5, Luzerne, gut, gesund, trocken 5—5,25, Weizen-Roggenstroh, drahtgepreßt, je nach Qualität 4. Alles per 100 kg, soweit nichts anderes vermerkt, prompt verladbare Ware; Biertreber und Malzkeime mit Getreide und Trockenschrot ohne Sack. Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigfabrikate Parität Fabrikstation. Wagonpreise; kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Alle Preise von Landesprodukten schließen sämtliche Spesen des Handels, die vom Ankauf beim Landwirt bis zur Frachtparität Karlsruhe entstehen, und die Umsatzsteuer ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bewerten.

**Allgäuer Butter- und Käsebörse.** Kempten, 29. März. Molkereibutter 1. Qualität 81 (81), 2. Qualität 69 (69), Tendenz abwartend. Rahmeinkauf 81 (81) bei 48 Fettheiten ohne Buttermilchrückgabe. Allgäuer Weichkäse mit 20 Prozent Fettgehalt, grüne Ware 17—19 (17—19), Marktlage abwartend. Allgäuer Emmentaler mit 45 Prozent Fettgehalt: 1. Sorte 72—77 (72—77), 2. Sorte 68—68 (68—68), Marktlage unverändert. Die Preise sind Erzeugerverkaufspreise ab Lager oder ab Station des Erzeugers ohne Verpackung für 1 Pfund.

**Ettlinger Schweinemarkt vom 29. März.** Zugefahrene wurden: 86 Ferkel, 49 Läufer, verkauft wurden 49 Ferkel, 18 Läufer. Preis für Ferkel 20—28 Mk. das Paar, für Läufer 86—85 Mk. das Paar. Geschäftsgang mittel.

## Berliner Devisennotierungen

festgestellt von der Berliner Bedingungs-gemeinschaft zusammen mit der Reichsbank.

	29. 3.	28. 3.	29. 3.	28. 3.
Buenos-Aires	9 818	9 818	21 53	21 53
Kanada	3 477	3 487	5 145	5 195
Japan	0 989	0 989	41 86	41 85
Kairo	14 71	14 72	63 84	63 84
Konstantinopel	2 008	2 008	13 98	13 98
London	14 32	14 33	73 38	73 38
New York	4 196	4 191	18 475	18 48
Rio de Janeiro	8 259	8 259	—	—
Uruguay	1 848	1 848	64 29	64 24
Amsterdam	169 99	169 99	74 93	75 17
Athen	2 358	2 358	80 81	80 85
Brüssel	58 48	58 43	3 847	3 847
Bukarest	2 488	2 488	35 26	35 26
Budapest	—	—	75 92	75 92
Danzig	81 87	81 87	110 59	110 59
Helsingfors	8 324	8 324	48 46	48 46
Italien	—	—	—	—
Jugoslawien	—	—	—	—
Kaunas	—	—	—	—
Kopenhagen	—	—	—	—
Lissabon	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Paris	—	—	—	—
Prag	—	—	—	—
Reykjavik	—	—	—	—
Riga	—	—	—	—
Schweden	—	—	—	—
Sofia	—	—	—	—
Spanien	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Tallinn	—	—	—	—
Wien	—	—	—	—



